

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Ortsverband Murnau

Fahrplan 2020 – 2026

#Weil wir hier leben.

Präambel	7
Bürgerbeteiligung	8
Einleitung	8
Ist-Zustand	8
Vision	9
Maßnahmen	10
Gemeinderatssitzungen elektronisch einsehbar	10
Projektstände elektronisch einsehbar	10
Bürgerversammlungen	10
Workshops	11
Online Beteiligung	11
Online Anfragen	11
Nachbarschaftliche Netzwerke als Ansprechpartner	11
Energie	12
Einleitung	12
Vision	14
Maßnahmen	14
Konzept und Qualitätsmanagement	14
Strom	14
Wärme	15
Verkehr	15
Energieeinsparung	15
Geflüchtete	16
Einleitung	16
Maßnahmen	17
Dezentrale Unterbringung	17
Koordinierungsstelle	17
Arbeit	17
Sprachkurse	18
Sicherer Hafen	18
Kinder- & Jugendpolitik	19
Einführung	19
Maßnahmen	20
Reduzierung der Krippengebühren für eine echte Wahlfreiheit	20
Kostenloser KiTa Besuch bei geringen Einkommen	20
Flexiblere Betreuungsmodelle	20

Neubau des Gemeindehorts	21
Abenteuerspielplatz	21
Reform der Kinder- und Jugendvertretung (KJV)	21
Haus der Jugend	21
Bolzplätze	22
Fitnessgeräte	22
Jugendumfrage	22
Jugendbürgerversammlungen	22
Kultur	23
Einleitung	23
Maßnahmen	23
Kulturförderung für heimische Künstler	23
Schaffung und Erhalt kreativer Räume	24
Kooperation über Ortsgrenzen hinweg	24
Bücherei aufwerten	24
Kultur- und Tagungszentrum Murnau modernisieren	25
Jugendkultur	25
Runder Tisch für Kulturschaffende	25
Werbeplattformen	25
Ortsgestaltung	26
Einleitung	26
Maßnahmen	27
Barrierefreier öffentlicher Raum	27
Belebung der Park- und Grünanlagen	27
Bahnhofstraße / Postgasse / Ödön-Von-Horváth-Platz	28
Mehr Raum für Kinder & Jugendliche	28
Naturnahe Bewirtschaftung der Grünflächen	28
Stadtplanerische Gestaltung der Murnauer "Vororte"	28
Lichtverschmutzung verringern	28
Ortsgestaltungssatzung entschlacken	28
Senioren	29
Einleitung	29
Maßnahmen	31
Barrierefreier öffentlicher Raum	31
Senioren-WGs, Mehrgenerationen-WGs, bezahlbares Wohnen	31
ÖPNV und Rufbus für mobilitätseingeschränkte Personengruppen	31

Wohnungstauschbörse	31
Wohnpartnerschaften	31
Ausbau des Angebots an Tagespflege und Kurzzeitpflege	32
Bedürfnisse ermitteln und Ansprechpartner sein	32
Nachbarschaftliche Netzwerke fördern	32
Günstiger Wohnraum und ortsnahe Ausbildung für Pflegekräfte	32
Tourismus	34
Einleitung	34
Maßnahmen	34
Verkehr	34
Sanfter Tourismus	35
Touristische Infrastruktur	35
Umweltschutz	36
Einleitung	36
Maßnahmen	37
Klimanotstand ausrufen	37
Energiewende jetzt	37
Stopp dem Flächenfraß	37
Natur- und Landschaftsschutzgebiete weiterentwickeln, Biotope vernetzen	38
Umweltverträgliche und nachhaltige Bewirtschaftung aller Flächen	38
Baumschutzsatzung verabschieden und mehr Bäume pflanzen	38
Lichtverschmutzung reduzieren	39
Kreislaufwirtschaft fördern	39
Anpassungen an den Klimawandel	39
Umweltbeirat schaffen	39
Verkehr	40
Einleitung	40
Vision	41
Maßnahmen	42
Radverkehr	42
ÖPNV	43
Fußgänger*innen	44
PKW	45
Wirtschaft	46
Einleitung	46
Strategische Maßnahmen	46

Wirtschaftsförderung	46
Schaffung von Arbeitsplätzen	47
Standortsicherung und Neuansiedlung	47
Digitalisierung	47
Stromversorgung	47
Zukunftsbranchen	48
Entbürokratisierung	48
Ausschreibungen	48
Strukturelle und bauliche Maßnahmen	48
Erweiterung des Ortskerns	48
Verkehrsreduktion	49
Parkmöglichkeiten PKW	49
Fahrradständer	49
Wochenmarkt	49
Werbemaßnahmen	50
Online Blog	50
Informationstafeln	50
Innovationsquartier IQ als Werbeträger	50
Wohnbau	51
Einleitung	51
Murnau braucht einen Plan, keinen Aktionismus	51
Kommunaler Wohnungsbau kann Zuzug nicht steuern	52
Kein Verkauf kommunaler Flächen	52
Wir schaffen Wohnraum für Murnauer*innen und Arbeitnehmer*innen	52
Alle kommunalen Grundstücksflächen an Genossenschaften	53
Nachhaltiger Wohnungsbau für alle nachfolgenden Generationen	53
Flächennutzungsplan fortsetzen	53
Verkehrslärm passt nicht zum Wohnen	53
Wir gestalten Murnaus Zukunft!	54
Grundsatzbeschluss Wohnungsbau auf kommunalen Flächen des Marktes Murn	
Staffelsee: "Murnauer-Einheimischen-Modell"	
Forderungskatalog	
Weitere Maßnahmen zur Regulierung des Wohnungsmarktes	
Vereinfachung der Ortsgestaltungssatzung	
Erschließung von Wohnraum	
Baugebot	57

Betriebswohnungen	57
(leinsthäuser (Tiny Houses)	57
ehlbelegerabgabe	58
weitwohnungssteuer	58
weckentfremdungssatzung	58

Präambel

Murnau kann mehr

Liebe Bürgerinnen und Bürger,

die dramatischen Veränderungen des Klimawandels bedrohen unsere Lebensgrundlagen in einem unvorstellbaren Ausmaß. Es stellt sich nicht mehr die Frage "ob", sondern "wie" wir rasch und wirkungsvoll handeln, um die drohende Katastrophe aufzuhalten.

Verantwortliche Klimapolitik bedeutet für uns Grüne, alle politischen Entscheidungen auf ihre Klimaverträglichkeit hin zu prüfen und daran auszurichten. Klimaschutz beginnt vor Ort. Wir wollen eine nachhaltige, ökologisch ausgerichtete Politik für ein zukunftsfähiges Murnau, die weder Klima-, Umwelt-, Natur- und Artenschutz gegeneinander ausspielt noch die Gesellschaft untereinander.

Für die Entwicklung Murnaus ist das soziale Miteinander entscheidend. Grüne Politik bedeutet bezahlbares und gutes Wohnen in allen Lebensphasen. Grüne Politik bedeutet eine Wiederbelebung des öffentlichen Raumes, eine Verkehrswende und damit eine Rückgewinnung der Straßen für uns alle. Und sie bedeutet sozialen Zusammenhalt in einer barrierefreien Gesellschaft.

Demokratie stellt die Grundlage unseres gesellschaftlichen Zusammenlebens dar. Für uns Grüne bedeutet Demokratie Transparenz und Bürgerbeteiligung bei allen kommunalen Entscheidungen. Als Demokrat*innen treten wir immer und überall für eine offene Gesellschaft ein. Hass ist für uns keine Alternative.

Wir sind überzeugt, dass Murnau mehr kann. Wir wollen uns zusammen mit Ihnen für ein nachhaltigeres, sozialeres und demokratischeres Murnau, kurzum für ein lebens- und liebenswertes Murnau für uns alle einsetzen. Dafür bitten wir Sie bei der Kommunalwahl am 15. März um Ihre Stimmen für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

#Weil wir hier leben.

Bürgerbeteiligung

Mehr Demokratie wagen

Einleitung

Die kommunale Ebene bildet die kleinste Einheit unseres demokratischen Staatswesens. Im Markt Murnau leben 12.118 Einwohner (Stand Nov. 2019), also ca. 9.000 Wahlberechtigte und ungefähr 400 Jugendliche im Alter zwischen 15 und 18 Jahren¹.

Die bisherigen Möglichkeiten, als Bürger*in an der Gestaltung der gemeindlichen Belange teilzuhaben, sind aus Sicht von Bündnis 90/Die Grünen ungenügend und bedürfen dringend der weiteren Ausgestaltung. Wir wollen eine gelebte und lebendige Demokratie für alle Einwohner*innen verwirklichen.

Die repräsentative Demokratie ist wertvoll, krankt aber daran, dass die Bürger*innen zwischen den Wahlperioden meist nur aus einer Protestecke heraus agieren können. Das ist einer echten Demokratie nicht würdig. In Art. 20 Abs. 2 unseres Grundgesetzes sind ausdrücklich "Wahlen und Abstimmungen" vorgesehen, mit denen das Volk seine Staatsgewalt ausübt. 70 Jahre nach der Verfassung des Grundgesetzes wartet dieser Artikel heute immer noch auf seine Einlösung.

Demokratie will gelebt werden. Eine lebendige Demokratie lebt vom Mitmachen durch Viele. Mitmachen heißt mehr als Wählen gehen, es bedeutet mitreden, mit überlegen, mit entscheiden. Es bedeutet aber auch, sich zu informieren und notwendige Informationen zur Verfügung zu haben. Eine breite demokratische Mitwirkung ist für uns alle in Deutschland ein neuer Prozess und mag zunächst mühsam erscheinen. Demokratische Prozesse erfordern die Fähigkeit zum Abwägen und Kompromisse finden. Doch Entscheidungen, die auf der breiten Mitgestaltung einer informierten Bevölkerung beruhen, sind nachhaltiger und sozial verträglicher als "von oben herab" bestimmte Vorgaben.

Deshalb wollen wir auf der kommunalen Ebene die demokratische Mitgestaltung stärken und zu einer echten Mitmach-Demokratie weiter entwickeln.

Ist-Zustand

Seit 2012 gibt es für Murnau die **Informationsfreiheitssatzung**, welche allen Einwohner*innen das Recht auf Auskünfte durch die Gemeinde zubilligt. Für uns Grüne eine Selbstverständlichkeit. Allerdings fehlt es bisher an einer proaktiven Umsetzung. Veröffentlicht wird zu wenig, zu viel muss eingefordert werden. Bei Veröffentlichungen über Marktbote oder Lokalzeitung müssen Textlängen und weitere Beschränkungen eingehalten werden, wodurch Inhalte verkürzt sind oder ganz fehlen.

¹ https://www.statistik.bayern.de/mam/produkte/statistik kommunal/2018/09180124.pdf)

Umfragen zu strategischen oder praktischen Fragen des Marktes finden kaum statt. **Bürger- und Ratsentscheide** als Mittel der direkten Demokratie werden gar nicht genutzt.

Vision

Wir wollen eine selbstverständliche, transparente Informationspolitik seitens der Kommune. Die zentrale Informationsquelle zum Handeln des Markts Murnau ist seine Webseite. Dort sind alle Protokolle der Ratssitzungen, eingereichten Anträge und Vorlagen zeitnah veröffentlicht und alle größeren Projekte mit ihren einzelnen Schritten nachvollziehbar und mit aktuellem Stand dokumentiert. Neue Einträge, Änderungen und Entscheidungen werden mit kurzen Anreißern als abonnierbarer digitaler Newsfeed bereitgestellt. Der Stand aller Anträge und Projekte wird übersichtlich in seiner Gesamtheit dargestellt und kann an allen Stellen im Detail betrachtet werden. Marktbote und Lokalzeitungen ergänzen die Informationsmöglichkeiten als "Papier-Newsfeed" mit punktuell vertiefender Berichterstattung.

Mehrmals im Jahr und zu verschiedenen Tageszeiten lädt der Markt zu **Bürgerversammlungen** ein und erreicht dadurch viel mehr Zielgruppen und Menschen. Dort stellt die Verwaltung aktuelle Entwicklungen und wichtige Themen vor und diskutiert sie mit den Bürger*innen. Für jedes Thema kann die Bürgerversammlung mit einfacher Mehrheit die Einrichtung von **Themen-Workshops** verlangen. In den Themen-Workshops, zu denen alle Bürger*innen eingeladen sind, werden Handlungsempfehlungen an die Gemeinde erarbeitet. Im öffentlichen Teil von Gemeinderatssitzungen werden die Handlungsempfehlungen vorgestellt, diskutiert und darüber abgestimmt.

Der Gemeinderat fördert die digitale Bürgerbeteiligung und stellt so viele Themen wie möglich zur Online-Abstimmung. Verwaltung und Gemeinderat nutzen digitale Umfragen aktiv zur langfristigen Ausrichtung des Verwaltungshandelns. Die Bürger werden über eine digitale Beteiligungsplattform, z.B. Plattformen wie Consul² oder die von der Stadt Tübingen entwickelte und bereits eingesetzte App³, zur Teilnahme an Umfragen und Abstimmungen aufgefordert. Hintergrundinformationen sind darin verlinkt und können unmittelbar eingesehen werden.

Beim Erreichen des notwendigen vom Gemeinderat jeweils festgelegten Quorums sind die darüber digital getroffenen Entscheidungen für die Verwaltung verbindlich, Umfrageergebnisse müssen berücksichtigt werden.

² http://www.mehr-demokratie.de/themen/beteiligungs-software-consul/

³ https://www.tuebingen.de/24162.html

Maßnahmen

Gemeinderatssitzungen elektronisch einsehbar

Zu Gemeinderatssitzungen wird per Newsfeed und auf der Internetseite der Gemeinde eingeladen. Zum Zeitpunkt der Einladung sind die Rahmendaten (Datum, Uhrzeit, Ort, etc.) der Sitzung und ihre Unterlagen auf einer geeigneten elektronischen Plattform⁴ angelegt und öffentlich einsehbar. Nachträglich eingereichte Unterlagen werden unverzüglich in der elektronischen Plattform veröffentlicht. Anwesenheiten und der öffentliche Teil von Gemeinderatssitzungen werden live und inhaltlich vollständig direkt in der elektronischen Plattform protokolliert. Die nicht-öffentlichen Sitzungspunkte werden dort thematisch ohne Inhalt aufgeführt. Entscheidungen werden mit den Sitzungsunterlagen verknüpft, innerhalb des Protokolls deutlich hervorgehoben und können als Ergebnisliste der Sitzung eingesehen werden.

Es gibt eine elektronische Übersicht über alle Gemeinderatssitzungen in zeitlicher Reihenfolge. Jeder Eintrag darin führt als Link zu den o.g. Details der jeweiligen Sitzung.

Projektstände elektronisch einsehbar

Der Stand laufender Vorhaben und Projekte wird laufend zeitnah gepflegt und analog zu Gemeinderatssitzungen in der elektronischen Plattform veröffentlicht. Jeweils öffentlich einsehbar sind die Details wie Name und Beschreibung des Vorhabens, verantwortlicher Stelle, geplante Laufzeit, geplantes Budget, Teil-Projekte oder Arbeitspakete mit spezifischer Laufzeit, Budget und jeweiligem Stand. Zu jedem Vorhaben sind alle Dokumente unmittelbar verlinkt und einsehbar, die nicht vertraulich behandelt werden müssen. Letztere werden thematisch ohne Inhalt aufgeführt.

Es gibt eine elektronische Übersicht über alle Projekte, die bspw. nach Stand, Budget oder Laufzeit sortiert und gefiltert werden kann.

Bürgerversammlungen

Bürgerversammlungen finden mindestens viermal pro Jahr statt. Um einen möglichst breiten Personenkreis anzusprechen, finden sie nicht nur abends, sondern auch vormittags und/oder nachmittags statt. Sie sollen nicht nur der Berichterstattung der Kommune dienen, sondern eine aktive Plattform der Diskussion mit der Bevölkerung sein. In einer Bürgerversammlung kann jeder Anwesende Themen-Workshops zur Vertiefung vorschlagen. Die Anwesenden stimmen unmittelbar darüber ab. Der Vorschlag ist mit einfacher Mehrheit angenommen. Die Verwaltung muss vor der nächsten Bürgerversammlung den Themen-Workshop organisieren und durchführen.

⁴ z.B. Atlassian Confluence

Workshops

Die Gemeindeverwaltung bietet von sich aus oder auf Verlangen einer Bürgerversammlung Themen-Workshops unter der Leitung von fachkundigen Verwaltungsmitarbeiter*innen an. Gemeinderät*innen mit fachlichem Bezug zum Workshop-Thema müssen, alle übrigen Gemeinderät*innen sollen am Workshop teilnehmen. Zu jedem Themen-Workshop wird ein elektronischer Eintrag analog zu den Gemeinderatssitzungen angelegt und per Newsfeed und Internetseite eingeladen. Die Ergebnisse des Themen-Workshops werden dort unverzüglich mit dessen Ende veröffentlicht.

Online Beteiligung

Die Kommune führt eine Online-Plattform für die Bürgermitbestimmung (Abstimmungen und Umfragen) ein. Optionen der digitalen Bürgerbeteiligung wie Consul⁵ oder die von Tübingen entwickelte App⁶ werden geprüft und eine geeignete Version für Murnau umgesetzt. Alle Murnauer*innen erhalten eine persönliche Einladung mit Zugangsdaten und Informationen zum Umgang. Die Meldebehörde hält die Zugänge zur Online-Plattform anhand von Alter und Erstwohnsitz aktuell.

Online Anfragen

Die Kommune stellt eine einfach bedienbare elektronische Kontaktmöglichkeit bereit, über die Bürger*innen jederzeit allgemeine oder Vorhabens-spezifische Fragen und Anregungen einbringen und Missstände aufzeigen können. Die Anfragen, der jeweilige Bearbeitungsstand und die Antwort inkl. Möglichkeit zur Rückfrage sollen öffentlich einsehbar sein.

Nachbarschaftliche Netzwerke als Ansprechpartner

Insbesondere bei Bauvorhaben, aber auch bei anderen gemeindlichen Projekten, formieren sich oft spontan nachbarschaftliche Netzwerke, die z.B. Unterschriften sammeln und somit dem Rathaus Bürgerbeteiligung aufzwingen wollen und aus ihrer Sicht heraus auch müssen. Dann hat sich aber meist schon eine Menge Ärger aufgestaut und ein aufeinander Zugehen ist oft nur noch nach großen Anstrengungen möglich. Als Kommune wollen wir daher künftig das Entstehen und die Verstetigung von nachbarschaftlichen Netzwerken fördern und unterstützen, um somit die jeweils betroffene Nachbarschaft, aber letztlich auch die gesamte Bürgerschaft, bei Entscheidungen frühzeitig einbinden zu können und damit alle Informationen von Beginn an zugänglich sind.

⁵ http://www.mehr-demokratie.de/themen/beteiligungs-software-consul/

⁶ https://www.tuebingen.de/24162.html

Energie

Energiewende voranbringen - für eine klimagerechte Energiepolitik

Einleitung

Der Klimawandel, bzw. die sich abzeichnende Klimakatastrophe, ist unbestreitbar. Wir haben nur eine Erde, die Zeit rennt uns davon. Erste Auswirkungen sind bereits deutlich spürbar. Zunehmend heißer werdende Sommer bei deutlich zu geringem Niederschlag, gerade auch in unserer Region, sind erst der Anfang.

In Verantwortung gegenüber den nachfolgenden Generationen müssen wir jetzt radikal und mutig handeln.

Notwendig ist eine Begrenzung der globalen Erwärmung auf deutlich unter 2 °C, besser 1,5 °C über dem vorindustriellen Niveau. Um dies zu erreichen, müssen wir eine klimaneutrale Gesellschaft werden.

Die technischen Lösungen, um die Forderungen aus dem Pariser Klimaabkommen, der Wissenschaft und gesellschaftlicher Gruppen wie Fridays for Future umzusetzen, sind alle vorhanden.

Um eine klimaneutrale Gesellschaft zu werden, ist eine schnelle Energiewende unumgänglich. Diese muss gerade auch in den Kommunen vollzogen werden.

In Murnau wurden schon erste Schritte unternommen, doch wir sind erst am Anfang. Um unseren Beitrag zur Energiewende zu leisten, sind noch viele Schritte notwendig und diese müssen in einer wesentlich schnelleren Schrittfolge erfolgen als bisher.

Energiewende bedeutet die Abkehr von der nicht nachhaltigen Nutzung endlicher fossiler Energieträger wie Erdöl, Erdgas, Braun- und Steinkohle und die Hinwendung zu einer nachhaltigen Energieversorgung mittels regenerativen Energiequellen wie Sonnenenergie, Wasserkraft, Windkraft, Geothermie und Biomasse.

Angesichts des fortschreitenden Klimawandels bzw. der nahenden Klimakatastrophe, der Notwendigkeit des Schutzes der Luft, der Böden und der Gewässer und Meere ist die Verbrennung fossiler Energieträger, bei der CO₂ und weitere klimaschädliche und gesundheitsgefährdende giftige Gase und Partikel freigesetzt werden, wie auch ihre Förderung, die mit großflächiger Umweltzerstörung und Freisetzung von Giftstoffen bis hin zu radioaktiven Stoffen einhergeht, unverantwortlich.

Die fossilen Energieträger wie Erdöl, Erdgas, Braun- und Steinkohle sind gleichzeitig Ausgangsstoff zahlreicher wertvoller Werkstoffe, die eine einfache Verbrennung dieser endlichen Ressourcen verbieten.

Energiewende bedeutet jedoch nicht nur die Erzeugung des Stroms für unsere Lichter etc. aus regenerativen Energiequellen, es ist viel mehr.

Es bedeutet auch die Abkehr von Benzin, Diesel und Erdgas als Energieträger für unsere Kraftfahrzeuge. Der Umstieg auf elektrisch betriebene Autos, d.h. rein batteriebetriebene Autos mit Elektromotor und batteriebetriebene Autos mit einer vorgeschalteten Wasserstoff-Brennstoffzelle, stellt an sich noch keine Lösung dar. Zum einen sind diese Fahrzeuge nur klimafreundlich, wenn der Strom für ihren Betrieb bzw. die Gewinnung von Wasserstoff durch Elektrolyse aus erneuerbaren Energien stammt und zum anderen ist die Herstellung der Fahrzeuge und insbesondere der Batterien auch wieder mit einem enormen Ressourcenverbrauch und damit einhergehenden Umweltschäden verbunden. Jeder Umstieg auf elektrische Mobilität muss daher auch mit einer Reduzierung der absoluten Zahl der Kraftfahrzeuge und mit einem Umstieg auf ÖPNV etc. einhergehen, um tatsächlich umweltfreundlich zu sein.

Energiewende bedeutet auch die Abkehr von Erdöl, Gas und Kohle als Energieträger für unsere Heizungen etc., es bedeutet die Hinwendung zu regenerativen und nachhaltigen Energieträgern in allen Lebensbereichen, im Privathaushalt wie auch in öffentlichen Einrichtungen und in der Wirtschaft.

Energiewende, dass bedeutet auch eine regionale Energieerzeugung vor Ort in den Regionen und in den Kommunen. Es werden viel mehr Stromeinspeiser, es werden Einspeisungsschwankungen durch die regenerativen Energieträger und mehr Abnehmer (Stichwort E-Auto), sowie die Einbindung von Stromspeichern zu regeln sein. Dies alles führt zu neuen Anforderungen an das Stromnetz, denen das jetzige Netz nicht gerecht wird. Es wird ein wesentlich leistungsfähigeres Stromnetz benötigt, dass darüber hinaus auch noch intelligent (smart grid) sein muss.

Energiewende ist auch Energieeinsparung. Energieeinsparung durch effiziente und nachhaltige Gebäudedämmung, durch Umstellung auf energieeffiziente Maschinen und Haushaltsgeräte, gemeinsame intelligente Maschinen-, Auto- und Gerätenutzung. Energieeinsparung durch die Nutzung von Prozesswärme etc. als Heizenergie.

Die Energiewende vor Ort kann nur gelingen, wenn alle energienutzenden Sektoren ihren Beitrag leisten und die Sektoren dabei zusammen gedacht werden. Doch dies kann nur gemeinsam gelingen. Gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern, gemeinsam mit den Unternehmen vor Ort, gemeinsam mit starken Partnern, wie der Energiewende Oberland und in enger Abstimmung und Kooperation mit allen Gebietskörperschaften in der Region. Eine gelungene Energiewende ist zugleich Voraussetzung unseres wirtschaftlichen Erfolgs von Morgen.

Entsprechend des Subsidiaritätsprinzips gibt es viele Schritte, die wir selbst vor Ort gehen können und gehen müssen. Für viele Maßnahmen können auf Ebene der Bundesrepublik oder der EU lediglich die Rahmenbedingungen gesetzt werden.

Die Energiewende vor Ort und damit unser konkretes Handeln vor Ort müssen und wollen wir selbst bestimmen und ändern.

Zugleich ist die Energiewende nicht unabhängig zu sehen. Sie ist Teil des Umweltschutzes, Teil des Klimaschutzes und steht damit in einem größeren Kontext, der den Energiesektor mit all seinen Teilbereichen übersteigt. Deshalb muss die Energiewende durch ein integriertes Klimaschutzkonzept flankiert werden, das alle klimarelevanten Bereiche beinhaltet und auch nicht unabhängig von anderen Umweltschutzaspekten gedacht werden darf. (Vgl. Umweltkonzept)

Vision

Murnau ist eine klimaneutrale Kommune. In den Privathaushalten, in den Betrieben und der kommunalen Verwaltung fallen keinerlei klimarelevante Emissionen mehr an. Die Erzeugung der notwendigen Energie erfolgt weitgehend direkt vor Ort.

Die Menschen nutzen den ausgebauten und eng getakteten ÖPNV. Die wenigen noch fahrenden Autos sind elektrisch (Batterie bzw. Wasserstoff-Brennstoffzelle). Ein Carsharing-System ist selbstverständlich.

Der Schwerlast- und Lieferverkehr findet weitgehend auf der Schiene statt oder ist über CO₂-neutrale Antriebstechniken klimaschonend umgesetzt.

Die Gebäude in Murnau sind gut, effizient und nachhaltig gedämmt und benötigen nur wenig Energie für Heizen oder Kühlen. Wärme, die sie zum Heizen und für Warmwasser benötigen, bekommen sie über Fernwärme.

Maßnahmen

Konzept und Qualitätsmanagement

Damit die Energiewende in Murnau gelingen kann, muss diese durch ein integriertes Klimaschutzkonzept flankiert werden, welches alle klimarelevanten Faktoren berücksichtigt. Dieses muss neben konkreten Kennzahlen und sektorspezifischen Maßnahmen mit definierten Jahreszahlen zur Zielerreichung auch den Aufbau eines Qualitätsmanagements beinhalten, um eine fortschreitende Dekarbonisierung und damit das Ziel der CO₂-Neutralität zu erreichen. Auf dem Weg dahin muss mit einer transparenten Erfassung des Ist-Zustands begonnen werden, auf die eine fortwährende Datenerhebung und Zielangleichung sowie eine transparente und jährliche Berichterstattung folgt.

Strom

Um das Ziel der Nettonull zu erreichen, muss die Energieerzeugung zu 100% erneuerbar sein. Aufgrund der zu erwartenden zunehmenden Schwankungen bei Erzeugung und Verbrauch ist der Aufbau eines wesentlichen leistungsfähigeren und intelligenten Stromnetzes (smart grid) unumgänglich. Dabei ist vor allem der Eigentümer des Murnauer Stromnetzes, also der Markt Murnau selbst, in der Pflicht. Dies bedeutet u.a. den Aufbau von kommunalen Stromspeichern,

die mit privaten Stromspeichern vernetzt sind. Es bedeutet die Vernetzung von kommunaler und privater regenerativer Energieerzeugung und es bedeutet die Einbindung von E-Fahrzeugen als Stromspeicher. Um den Herausforderungen gerecht zu werden, muss das gesamte Netz erheblich leistungsfähiger werden.

Damit der Ausbau der regenerativen Energieerzeugung gelingt, braucht es neben Zubau auf kommunalen Flächen und privatem Engagement auch attraktive kommunale Angebote für regenerative Energieerzeugung auf privaten Flächen sowie eine Förderung genossenschaftlicher Modelle zur Energieerzeugung und Speicherung, eventuell auch jeweils in Kooperation mit den Gemeindewerken.

Wärme

Es gibt zahlreiche Alternativen zur konventionellen, auf fossilen Energieträgern basierende Wärmegewinnung, etwa Solarthermie und Geothermie in Kombination mit Wärmepumpen. Deren Einsatz muss durch die Gemeinde gefördert werden. Dabei bietet ein ausgebautes Fernwärmenetz erhebliche Einsparpotentiale.

Um diese zu heben, muss das im Entstehen begriffene Fernwärmenetz schnellstmöglich weiter ausgebaut und eine Anschlussmöglichkeit für unsere Nachbargemeinden geschaffen werden. Zugleich müssen aber auch genossenschaftliche Modelle zur Wärmeerzeugung und Speicherung evtl. in Kooperation mit den Gemeindewerken gefördert werden. Dabei gilt es, die Wäremerzeugung nicht unabhängig von anderen Sektoren zu betrachten, sondern u.a. die Möglichkeiten der Kraft-Wärme-Kopplung etc. (Stichwort Sektorkopplung) auszuschöpfen.

Verkehr

Für eine Abkehr von fossilen Brennstoffen ist ein Umstieg auf E-Mobilität, d.h. auf Fahrzeuge mit Batterien bzw. Brennstoffzellen unumgänglich. Für ihren Betrieb ist eine erhebliche Steigerung der Zahl der Ladesäulen notwendig, sowohl durch einen Zubau durch die Kommune als auch durch den privaten Sektor, den die Kommune nach Möglichkeit unterstützen und koordinieren muss. Weiterhin muss die Kommune die Errichtung von Wasserstoff-Tankstellen ermöglichen und unterstützen.

Dies alles muss jedoch mit einer Reduktion des motorisierten Individualverkehrs einhergehen, der durch einen Ausbau des ÖPNV sowie der Fahrrad- und Fußwege ermöglicht wird. Es ist nichts Geringeres als eine Verkehrswende notwendig (vgl. Verkehrskonzept).

Energieeinsparung

Eine erfolgreiche Energiewende ist ohne gleichzeitige erhebliche Energieeinsparungen nicht möglich. Dazu ist eine Festlegung von sektorspezifischen und laufend überprüfbaren Einsparungszielen für Firmen, Privat-Haushalte und die öffentliche Hand notwendig. Um diese zu erreichen, ist von kommunaler Seite eine Ausweitung der Angebote zur energetischen Beratung zu Gebäudedämmung, Stromverbrauch etc. sowie ein proaktives Zugehen auf die Bevölkerung, gepaart mit kommunalen Fördermaßnahmen essentiell.

Geflüchtete

Für ein kommunales Integrationsprogramm

Einleitung

Mit geflüchteten Menschen in unserem Land verbinden wir Bürger*innen viele Emotionen: Mitgefühl für die schwierige Situation der Geflüchteten, das Bedürfnis, helfen und unterstützen zu wollen aber auch Angst und Furcht vor "dem Fremden", vor Gewalt.

Medial ist es beim Thema Flüchtlinge im Augenblick ruhiger geworden, durch die massive Aufrüstung der europäischen Außengrenzen (Ungarn Grenzzaun; gezielt harte Haltung der Frontex z.B in Zusammenarbeit mit Libyen), durch die faktische Schließung der Häfen der Mittelmeerländer Italien und Malta und dem aggressiven Umgang mit dem Thema Seenotrettung durch die EU.

Gleichwohl leben weiterhin Menschen, die vor allem aus Kriegsgebieten oder wegen ethischer Verfolgung zu uns geflohen sind, mitten unter uns. Die allermeisten von ihnen sind bestrebt, ein eigenständiges und friedliches Leben zu führen, wollen die Sprache erlernen und eine Arbeit finden.

Die frühere Entscheidung, Geflüchtete dezentral in möglichst allen bayerischen Kommunen unterzubringen, sehen wir Grüne als gut und sinnvoll an. So kamen letztlich fast alle Menschen in Bayern mit dem Thema Flucht in Kontakt und initial entstand eine Woge der Hilfsbereitschaft. In vielen Orten bildeten sich große, ehrenamtlich arbeitende Helferkreise. Es gab individuelle Hilfe für Familien und Einzelpersonen, erste Ansätze von Sprachunterricht wurden auf privater Ebene gebildet, stets geleitet durch das Prinzip praktische Hilfe zur Selbsthilfe.

Erst langsam organisierten die großen caritativen Organisationen (Kirchen, Caritas u.v.a.m.) ihre professionellen Angebote; ein Nebeneinander von ehrenamtlichen (in Murnau z.B. Team 7 von Murnau Miteinander) und professionellen Organisationen entwickelt bis heute ein komplexes Angebot an Unterstützung.

Alle diese Maßnahmen sind notwendig, damit Integration gelingen kann. Besonders die Erzieherinnen in den Krippen, Kindergärten und Lehrerinnen und Lehrer an den Schulen haben Hervorragendes geleistet!

Die Zusammenarbeit der zuständigen Behörden wie Landratsamt, Jobcenter, Sozialämter der Kommunen und der Caritas mit ihren Fachabteilungen, der Kirchen und der ehrenamtlichen Unterstützer*innen musste sich langsam einspielen. Viele gute Erfahrungen verpufften allerdings auch aufgrund ungenügender Organisation und Struktur.

Inzwischen haben sich alle beteiligten Schnittstellen kennengelernt, es fanden intensive Austausche statt und viele Dinge haben sich positiv entwickelt. Damit sich die Situation in unserem Landkreis, respektive in Murnau, weiterhin verbessern kann und wir damit für ein gutes Miteinander, Respekt und Menschlichkeit vor Ort schaffen und erhalten, sind kontinuierliche Maßnahmen notwendig. Diesen Prozess der Zusammenarbeit weiter konstruktiv zu begleiten, ehrenamtliches Engagement zu fördern und wertzuschätzen und dafür zu sorgen, dass in der Flüchtlingsarbeit und Integration engagierte Menschen auch politisches Gehör für ihre Anliegen finden, dafür werden sich Bündnis 90/Die Grünen in Murnau auch weiterhin einsetzen.

Maßnahmen

Dezentrale Unterbringung

Sollte Murnau wieder Geflüchtete über den Verteilungsschlüssel zugewiesen bekommen, werden wir uns erneut für kleine, gut erreichbare Unterkünfte einsetzen. Das ermöglicht direkte Kontaktmöglichkeiten der Geflüchteten mit den unterstützenden Vereinen und Personen. Man kennt sich, unterstützt wo es nötig ist, die Wege für Schulkinder sind kurz. Kleine, dezentrale Unterkünfte sind "nachbarschaftlicher", gastfreundlicher und erleichtern somit eindeutig das Ankommen und die Integration der geflüchteten Menschen. So werden mögliche Brennpunkte vermieden.

Koordinierungsstelle

Die Kommune schafft eine Koordinierungsstelle als wirksame Schnittstelle zwischen den beteiligten ehrenamtlichen Unterstützer*innen, den professionellen Organisationen und Behörden.

Diese Stelle soll eine wirksame Schnittstelle zwischen den beteiligten ehrenamtlichen Unterstützern, den professionellen Organisationen und Behörden sein.

Die Ehrenamtlichen Helfer*innen kommen bei diversen Fragen oft an ihre Grenzen. Hier braucht es zielgerichtete und professionelle Unterstützung.

Arbeit

Arbeiten, auch für "Ungelernte", gibt es genug, Einzelhandel und Gaststättengewerbe suchen dringend nach Arbeitskräften. Geflüchtete Menschen erhalten ihre Würde, wenn sie sich durch ihre Arbeitsleistung und einer Tagesroutine am Gemeinwesen beteiligen können. Eine sinnstiftende Aufgabe, Kontakt zu Kolleg*innen und miteinander reden, erleichtert das Ankommen, die Sprachententwicklung und viele andere soziale Faktoren. Integration ist immer ein respektvolles Miteinander selbst bei ungewisser Bleibeperspektive. Deshalb wollen wir, dass die Kommune mittels der geschaffenen Koordinierungsstelle Geflüchtete unterstützt eine

Arbeitserlaubnis zu erhalten und diese Menschen mit Unternehmen zusammenbringt, die händeringend nach Arbeitskräften suchen.

Sprachkurse

Murnau wird sich weiterhin bei Land und Bund dafür stark machen, dass sie ihren Verpflichtungen, auch in finanzieller Hinsicht, sich an der Bereitstellung von Sprachkursangeboten zu beteiligen, nachkommen. Darüber hinaus fördert die Kommune im Rahmen ihrer Möglichkeiten vorhandene Angebote und schafft weitere. Hierbei sollten auch kreative Lösungen in Betracht gezogen und rechtlich geprüft werden, z.B. dass die Kosten für Kurse, die die Gemeinde selbst organisiert, von den Teilnehmenden durch Gemeindearbeit bezahlt werden können.

Sicherer Hafen

Die Kommune beteiligt sich an der Aktion "Sicherer Hafen" (www.seebruecke.org) als Signal, dass wir uns als Gesellschaft weiterhin offen für Menschen in Not einsetzen.

Kinder- & Jugendpolitik

Eine gute Investition in unser aller Zukunft

Einführung

Unser Ort ist lebens- und liebenswerter Wohnraum für viele Familien. Sie schätzen die gute Infrastruktur, die kurzen Wege und die uns umgebende Natur. Gleichwohl sind sie auf gute Angebote wie in der Kinderbetreuung und Freizeitangebote angewiesen. Aber auch die Kinder und Jugendlichen selbst haben Bedürfnisse, die wir ernst nehmen und denen wir Raum geben müssen.

Kinder und ihre Familien brauchen aber auch ein familienfreundliches Umfeld, von Wohnraum angepasst an die Bedürfnisse von Familien bis hin zu attraktiven Freizeitmöglichkeiten, Naherholungsgebieten und Räumen für den Austausch. Auch wenn die Kommune nicht alles alleine bereitstellen kann, so kann sie dennoch viele Rahmenbedingungen schaffen, damit sich Kinder und ihre Eltern besonders willkommen und zuhause in Murnau fühlen.

Für Kinder im Krippen- bis Schulalter braucht Murnau eine attraktive Kinderbetreuungsstruktur. Viele Arbeitnehmer*innen sind in Hotelbetrieben und der Gastronomie beschäftigt, auch Angestellte im Einzelhandel sind auf breite Betreuungszeiten und wenig Schließzeiten angewiesen. Frauen wollen unabhängig sein und auch im Alter von ihrer eigenen Rente leben können. Viele Firmen suchen Beschäftigte, doch Fachkräfte bewerben sich nur dort, wo neben Wohnraum auch die soziale Infrastruktur stimmt. Deshalb brauchen wir ausreichend Krippenplätze mit Puffer für die Kinder zuziehender Fachkräfte unter dem Jahr, gute und flexible Betreuung für Schulkinder und ein qualitativ hochwertiges Ferienbetreuungsangebot. Grundsätzlich ist längst nachgewiesen, dass Kinder von einer qualitativ guten Betreuung profitieren. Der Aufbau von Bindungen zu verschiedenen Menschen stellt große Entwicklungschancen für Kinder dar. Das Miteinander in der Gruppe fördert die Sozialkompetenzen und lässt Kinder zu starken Persönlichkeiten werden. Diese Chance müssen alle Kinder haben und darf nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängig sein.

Kinder und Jugendliche brauchen - gemeinsam mit ihren Familien - auch Räume, in denen kreativ und kommunikativ gelebt werden kann. Mal mit Eltern wie beispielsweise im Cafe von Murmel e.V., aber auch alleine wie auf Bolzplätzen oder im Jugendzentrum Erlhaus.

Kinder und Jugendliche sind die Zukunft unserer Kommune! Wer gern hier lebt, sich willkommen und daheim fühlt, zudem Ausbildungsplätze und Zukunftschancen hat, ist eher geneigt, hier zu bleiben und zur Junghaltung unseres Ortes beizutragen. Gemeinsam mit der

Kinder- und Jugendvertretung müssen wir jungen Menschen zuhören und ihnen eine starke Stimme bei den sie betreffenden Entscheidungen geben.

Maßnahmen

Reduzierung der Krippengebühren für eine echte Wahlfreiheit

Nach einer Reduzierung der Kindergartengebühren wollen wir die Kosten für die Betreuung von Kindern bis 3 Jahre ebenfalls reduzieren. Für viele Eltern, insb. im Niedriglohnsektor, sind die Gebühren so hoch, dass sich ein Wiedereinstieg in den Beruf vor dem Kindergartenalter schlichtweg nicht lohnt, bei einer Teilzeitbeschäftigung gleich zweimal nicht. Das ist für die Betroffenen, in den allermeisten Fällen sind es Frauen, oft mit Nachteilen im weiteren beruflichen Werdegang verbunden. Gleichzeitig wird nicht in die Rentenkasse einbezahlt und das ist ein Mitgrund für die Altersarmut insbesondere bei Frauen. Deshalb wollen wir durch eine Absenkung der sehr hohen Krippengebühren, ggf. durch eine Staffelung nach dem Einkommen der Eltern, für mehr Gerechtigkeit und Chancengleichheit auf dem Arbeitsmarkt sorgen. Damit kann auch dafür gesorgt werden, dass sich künftig mehr Eltern dafür entscheiden, dass beide ihre Arbeitszeit reduzieren und somit eine echte Gleichberechtigung in der Familienarbeit entstehen kann. Denn nur wenn wir entsprechende Betreuungsangebote haben, die auch bezahlbar sind, haben Eltern auch eine echte Wahlfreiheit, ob und in welcher Form sie ihre Kinder betreuen lassen wollen.

Kostenloser KiTa Besuch bei geringen Einkommen

Für Haushalte mit einem Gesamteinkommen unter 40.000 Euro pro Jahr soll der Besuch von Kinderbetreuungseinrichtungen grundsätzlich kostenlos sein. Damit werden vor allem Familien mit geringen Einkommen entlastet und mehr Kindern der Besuch einer Einrichtung ermöglicht. Davon können viele Kinder profitieren, aber auch mehr Eltern, insbesondere Frauen, können Beruf und Familie besser vereinbaren.

Flexiblere Betreuungsmodelle

Die Betreuung der Zukunft muss sich an der Arbeitswirklichkeit der Eltern orientieren. Der klassische Bürojob von 8 - 17 Uhr stirbt aus, viele Arbeitnehmer*innen haben heute die Möglichkeit flexibel zu arbeiten, mit Heimarbeit, mobilem Arbeiten, Job-Sharing usw. Ebenso entscheiden sich Eltern dafür, dass beide nur noch Teilzeit arbeiten um so mehr Zeit mit ihren Kindern verbringen zu können. Das bedeutet, dass man vielleicht nur 2 oder 3 Tage Betreuung braucht, oder grundsätzlich erst am späten Vormittag zu arbeiten beginnt um noch gemeinsam frühstücken zu können, dafür aber eine Betreuung bis 17 oder 18 Uhr benötigt. Oder aber man arbeitet im Dienstleistungssektor wie z.B. auch beim Friseur oder im Supermarkt und hat Schichten, die von 12 bis 20 Uhr dauern.

All diese Konstellationen werden von den derzeitigen Betreuungszeiten in keiner Weise abgedeckt. Hier gilt es den Blickwinkel daraufhin zu erweitern, dass ein solches Angebot auch ein gewichtiger Faktor für Murnau als Wirtschaftsstandort ist. Denn ein attraktives

Betreuungsangebot zieht kompetente Facharbeiter*innen an. Die Kommune muss hierzu mit ihren eigenen kommunalen Einrichtungen mit gutem Beispiel voran gehen und neue Wege der Kinderbetreuung beschreiten. Im Weiteren sollen dann über die Trägerverträge ähnliche Konzepte mit den Einrichtungen in Trägerschaft erarbeitet werden.

Neubau des Gemeindehorts

Bereits vor einigen Jahren gab es auf Initiative von Bündnis 90/Die Grünen den Beschluss im Gemeinderat, dass spätestens wenn der Rechtsanspruch auf eine Betreuung für Grundschulkinder kommt, der Gemeindehort Drachennest neu gebaut werden soll. Die derzeitige Übergangslösung mit der Aufteilung und Unterbringung der Kinder teilweise im Kindergarten und teils in der Schule lehnen wir ab! Kinder brauchen moderne, altersgerechte Räumlichkeiten für eine bestmögliche Betreuung. Dabei bevorzugen wir nach wie vor eine Zusammenlegung mit dem Bienenhaus Hort. Da auch dieses Gebäude leider - trotz seines Charmes - nicht mehr den modernsten Anforderungen, insbesondere in Sachen Energetik, entspricht, könnte an gleicher Stelle ein großer Neubau inklusive Kantine, die dann ggf. auch für die Mittagsbetreuung genutzt wird, entstehen.

Abenteuerspielplatz

Wir wollen endlich einen großen Abenteuerspielplatz in Murnau realisieren. Dazu wurde von uns bereits der Molopark vorschlagen. Dort könnte auch unter Einbeziehung der Murnauer Künstler*innen ein attraktiver Begegnungsplatz entstehen, der im Hinblick auf das nun dortige Ferienheim für behinderte Kinder und ihre Familien mit Klangelementen, Wasserspiel etc. ausgestattet ist. Picknickbereiche und ggf. ein Grillplatz könnten zudem diesen Park beleben und ihn zu einer echten Begegnungsstätte für Jung und Alt werden lassen.

Reform der Kinder- und Jugendvertretung (KJV)

Kinder und Jugendliche haben nicht nur ihre eigenen Bedürfnisse, sondern auch eine Stimme in unserer Demokratie und diese müssen wir nicht nur hören, wir müssen sie ernst nehmen und ihr viel mehr Gewicht verleihen.

Dazu bedarf es einer umfassenden Reform der KJV, von Änderungen des Auswahl- und Bewerbungsverfahren bis hin zu mehr Mitbestimmungsrechten und verbindlichen Beschlüssen zur Übernahme durch den Gemeinderat bei Angelegenheiten der Jugend. Insbesondere müssen bei allen Angelegenheiten, die Kinder und Jugendliche betreffen, die KJV Vertreter angehört werden. Ebenso müssen die Sitzungen der KJV öffentlich präsenter, z.B. im Sitzungssaal des Rathauses, stattfinden.

Haus der Jugend

Das bestehende Jugendzentrum Erlhaus hat vorwiegend jüngere Jugendliche zwischen 11 und 15 Jahren als Zielgruppe. Für die Älteren gibt es wenig öffentliche Räume, in denen sie sich ungezwungen und niedrigschwellig treffen können. Deshalb plädieren wir für die Errichtung

eines weiteren Jugendzentrums, einem Haus für die Jugend, das diese auch weitgehend selbst mitgestalten, einrichten und betreiben soll.

Bolzplätze

Abseits des Erlhauses und des Schulsportplatzes gibt es in Murnau kaum öffentliche Bolzplätze. Der in Hechendorf am Fußballplatz ist sehr weit weg und für viele Kinder nicht erreichbar. Hier soll die Kommune noch weitere Flächen zur Verfügung stellen.

Fitnessgeräte

Die auf dem Gelände des Erlhauses installierten Fitnessgeräte, sog. Calisthenics Geräte, sind heutzutage oft als Outdoor Fitness Parks bekannt und werden durchaus in Stadtplanungskonzept integriert. An den Geräten werden Übungen zum Muskelaufbau mit dem eigenen Körpergewicht trainiert. Da die Hauptbesuchergruppe des Erlhauses Kinder und jüngere Jugendliche sind, und es auch Jugendliche gibt, die die Einrichtung aus unterschiedlichsten Gründen nicht besuchen, wollen wir mit der Installation eines zweiten Geräte Parcours eine andere Zielgruppe - ältere Jugendliche und junge Erwachsene - ansprechen. Diese, für die Nutzer*innen kostenlose, sportliche Betätigung, ist für viele eine gute Alternative zum oft teuren Besuch eines klassischen Fitnessstudios. Die Installation soll z.B. im Molopark oder Kultupark erfolgen. Dies trägt einerseits mit zur Belebung unserer Parks bei , aber auch dazu, diese Ecken von Murnau mehr zu beleben und um Freizeitangebote gleichmäßig zu verteilen. Dort sind Nutzer*innen auch mehr unter sich, was andere Nutzergruppen zur Nutzung der teuren Geräte animiert.

Jugendumfrage

Zur besseren Einschätzung der Bedürfnisse von Kindern und Jugendlichen wollen wir eine großangelegte Umfrage unter ihnen stattfinden lassen. Eine Arbeitsgruppe, bestehend aus der KJV, den Jugendreferent*innen, dem Sozialamt und weiteren Schnittstellen erstellt einen umfangreichen Fragebogen. Dieser soll dann nicht nur über die Schulen, sondern auch an Auszubildende und Studierende verteilt werden, um ein umfassendes Stimmungsbild zu bekommen.

Jugendbürgerversammlungen

Die bereits eingeführten Jugendbürgerversammlungen sollen auf 4x pro Jahr ausgedehnt werden. Die Versammlungsorte sollen variieren, z.B. Schulen, Jugendzentrum, Sportvereinsheime etc. um eine breitere Teilnahme zu bewirken und verschiedene Zielgruppen anzusprechen.

Kultur

Raum geben

Einleitung

Murnau und das Blaue Land wirken schon seit Langem anziehend auf Kunst- und Kulturschaffende. Man denke nur an die vielen Künstler*innen rund um die Künstlervereinigung des Blauen Reiters, deren Wirken und Schaffen uns bis heute beschäftigt und beeinflusst. Aber auch das Kunsthandwerk ist in unserer Region traditionell beheimatet. Insgesamt erfreut sich Murnau einer umfassenden Kunst- und Kulturszene, die man in einem Ort dieser Größe nicht oft vorfindet.

Es gibt eine Reihe jährlich stattfindender und z.T. hochkarätig besetzter Kulturveranstaltungen, vom umsonst & draußen Festival MurNOW bis hin zum Weltmusikfestival Grenzenlos. Mit Schlossmuseum und Münterhaus verfügt Murnau über zwei weit über die Grenzen Murnaus bekannte Museen. Durch die große Zahl von unterschiedlichsten aktiven Kulturschaffenden entsteht ein umfassendes und lebendiges Angebot für fast alle Geschmäcker und fast alle Altersgruppen.

Doch nicht alles ist rosig und manches, wie zum Beispiel die Standortfrage der Westtorhalle sieht einer ungewissen Zukunft entgegen. Aber auch Einrichtungen des Marktes Murnau, wie etwa das Kultur- und Tagungszentrum und die dort beheimatete Bibliothek stehen vor Herausforderungen. Gleichzeitig darf man bei all den hochkarätigen Angeboten nicht vergessen auch ausreichend gute und dabei auch bezahlbare Angebote für Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene zu schaffen. Das Ziel des Marktes Murnau muss sein, die Kulturszene nach Kräften in ihrem kreativen Potential zu fördern und für eine ausgewogene Mischung für alle Bürger*innen zu sorgen.

Maßnahmen

Kulturförderung für heimische Künstler

In Murnau gibt es zahlreiche hochkarätige Veranstaltungen und überregional ausstrahlende kulturelle Großveranstaltungen. Umso wichtiger ist es, eine Balance zu finden zwischen der finanziellen Förderung von hochkarätig besetzten Veranstaltungen, die allein schon für die

Gagen der Gastkünstler*innen umfassende finanzielle Unterstützung benötigen, und der Förderung einheimischer Künstler. Für die ist dann oft kein Geld mehr da, obgleich es da zumeist um deutlich überschaubarere Summen gehen würde. Kunst und Kultur entsteht von unten, aus der Bevölkerung, für die Bevölkerung. Schülertheater ist ebenso wichtig und förderwürdig wie Jazzhochkultur. Wir müssen ein bezahlbares und diverses Kulturangebot für alle schaffen.

Schaffung und Erhalt kreativer Räume

Die Immobilienpreise sind in den letzten Jahren explodiert. Das macht es faktisch unmöglich Räume für Kulturschaffende, Übungsräume für Musikgruppen, Ateliers für Maler*innen, Proberäume für Theatergruppen usw. zu finden. Wir setzen uns für den Erhalt und die Schaffung von Räumlichkeiten/Orten ein, die Kulturschaffende, egal ob Hobbykünstler*in oder Berufskünstler*in, zu günstigen Konditionen nutzen können, damit sie nicht gezwungen sind aus finanziellen Gründen Murnau den Rücken zu kehren. Nur so können sich auch junge Kunstund Kulturschaffende sich hier ausprobieren und entfalten.

Kooperation über Ortsgrenzen hinweg

Für das kulturelle Leben in Murnau sind zentrale Orte und Vereine, wie z.B. die ehrenamtlich betriebene Westtorhalle und Menschen Helfen Mensch e.V., der den jährlich stattfindenden Kulturknall organisiert, z.T. außerhalb der Gemeindegrenzen beheimatet. Von deren Angebot profitieren allerdings hauptsächlich die Murnauer Bürger*innen. Ohne diese Angebote hätten unsere Jugend und jungen Erwachsenen einen weiteren Grund für einen Wegzug. Wir brauchen daher einen Kulturförderungsansatz, der über die Gemeindegrenzen hinweg denkt und die Förderung dieser, für unser kulturelles Leben so wichtige Institutionen, auf sichere Grundlagen stellt.

Bücherei aufwerten

Mit der neuen Leitung ist bereits ein spürbar neuer Wind in die Bücherei eingezogen. Neues Design, neue Konzepte: Wunderbar! Bibliotheken werden weiterhin gebraucht - als Orte des Wissens, des Weckens der Leselust, der Vermittlung von Kompetenzen in Sachen Recherche und Überprüfung von Quellen und noch vielem mehr. Gleichwohl müssen sie sich den Herausforderungen der Digitalisierung stellen um weiter einen Wissensort für die interessierte Öffentlichkeit und Forschende zu schaffen. Hierzu muss sie gut und ansprechend vernetzt werden, z.B. mit dem Marktarchiv. Wir wollen den räumlichen Bedarf in Verbindung mit dem vorhandenen Angebot, den Anforderungen an die heutige Zeit und der konzeptionellen Ausrichtung für die kommenden Jahre prüfen. Hierbei sollte auch die Standortfrage gestellt werden. Ist eine Bücherei ggf. nicht mehr? Ein Ort für alle Bürger*innen? Der auch außerhalb der regulären Öffnungszeiten nutzbar sein kann? Ein Bürgerhaus? Passt das ins Kultur- und Tagungszentrum? Oder doch lieber in die alte Post? Wir wollen hier eine Entwicklung gemeinsam mit der Bevölkerung starten.

Kultur- und Tagungszentrum Murnau modernisieren

Die Räumlichkeiten des Kultur- und Tagungszentrums Murnau sind in die Jahre gekommen. Die technische Ausstattung ist nicht mehr auf der Höhe der Zeit und wenn das Restaurant geschlossen hat, gibt es kein Catering. Das sind nur einige Aspekte, die es als Veranstaltungsort zunehmend unattraktiv machen.

Jugendkultur

Damit in unserer Bevölkerung eine bunte Mischung der verschiedenen Altersjahrgängen bestehen bleibt, wir als Ort weiterhin attraktiv für Familien mit Kindern, Jugendliche und junge Erwachsene sind, müssen wir verstärkt in die Art von Kultur investieren, die diese jungen Gruppen anspricht. Von guten Angeboten für die Kleinsten bis hin zu alternativen Angeboten für die Generation ab 16. Vom Hinführen der Kinder an Kultur, Angebote wie die Museumspädagogik, die tollen Angebote der Kreativwerkstatt über Musikfestivals mit freiem Eintritt - wie das erfolgreiche Format des MurNOW Festival - bis hin zur Graffitikunst. Die Jugend muss sich willkommen fühlen und ihren Ort mitgestalten dürfen.

Runder Tisch für Kulturschaffende

In und um Murnau herum gibt es viele Kulturschaffende, die ein großes Kulturangebot auf die Beine stellen. Oft hakt es jedoch an einer gegenseitigen Vernetzung, an einem Austausch unter den Kulturschaffenden. So weiß man oft von einander nicht, was der jeweils andere plant und so kommt es immer wieder zu unfreiwilligen Konkurrenzsituationen und Veranstaltungen. Umso wichtiger wäre ein regelmäßiger Austausch zwischen den Kulturschaffenden, wie etwa ein regelmäßig stattfindender Runder Tisch. Die Gemeinde kann dabei als Initiatorin und Unterstützerin auftreten und so zu einem gut abgestimmten Kulturangebot beitragen.

Werbeplattformen

Wildes Plakatieren ist heute nicht mehr erlaubt. Gerade daraus ergeben sich jedoch Probleme für Kulturschaffende ihre Veranstaltungen zu bewerben. Denn die wenigen Flächen, die es von der Kommune dafür gibt, sind entweder ausgebucht, nicht ausreichend oder schlicht überfüllt und unübersichtlich. Umso wichtiger wäre daher die Bereitstellung von mehr Werbeflächen sowie einer umfassenderen und besseren Möglichkeit für eine Darstellung über die Internetseite des Marktes.

Ortsgestaltung

Den öffentlichen Raum beleben

Einleitung

Der öffentliche Raum gehört uns allen. Seine nachhaltige Gestaltung und die Steigerung der Aufenthaltsqualität für alle Murnauer Bürger*innen und Gäste im Einklang mit Klima-, Naturund Artenschutz ist unser Anliegen. In den vergangenen Jahrzehnten wurden die Fußgängerzone und die Entlastungsstraße geschaffen, die die Aufenthaltsqualität im Murnauer Ortskern deutlich steigerten und zu einer Wiederbelebung des Ortskerns geführt haben. Mit dem Kemmelpark entstand ein neues Quartier. Neben weiteren Maßnahmen wurde auch die Umgestaltung des KTM Vorplatzes (Ödön-Von-Horváth-Platz) begonnen. Doch noch viel mehr ist zu tun, damit Murnau zusammenwächst – dies gilt für alle Ortsteile, denn Murnau ist mehr als die Fußgängerzone.

Eine gesteigerte Aufenthaltsqualität bedeutet ein sicheres und barrierefreies Vorankommen, gerade auch ohne PKW, im öffentlichen Raum. Dazu braucht es sichere Fuß- und Radwege, einladende Grünanlagen, Plätze und verkehrsberuhigte Straßen die zu einer Rückeroberung des öffentlichen Raums durch den Menschen einladen. Eine Steigerung der Aufenthaltsqualität führt zu einer Belebung und damit perspektivisch auch zu einer Stärkung von Einzelhandel und Gastronomie

Insgesamt macht das Miteinander aller Einwohner*innen die Lebendigkeit unseres Ortes aus. Wir erleben immer mehr eine Spaltung der Gesellschaft, geprägt durch das Einkommen, durch soziale Zugehörigkeit. Eine echte Gemeinsamkeit, eine Verbundenheit und vor allem ein gelebtes öffentliches Leben, ein Miteinander im öffentlichen Raum, findet kaum mehr statt. Die wenigen öffentlichen Gemeinschaftsplätze sind derzeit nicht so gestaltet, dass sie zum längeren Verweilen einladen. Wir müssen öffentliche Plätze in den einzelnen Quartieren schaffen, die diesen Namen auch verdienen, die Jung und Alt zum Nach-draußen-gehen animieren und somit die Gesellschaft zusammen schweißt. Die ein Miteinander ermöglichen, unabhängig von Herkunft und Geldbeutel, Alter oder sozialem Stand. Sei es in den Parks oder auf den kleinen Plätzen, die sich überall schaffen lassen.

Maßnahmen

Barrierefreier öffentlicher Raum

Für einen barrierefreien öffentlichen Raum braucht es ausgebaute und breite Fuß- und Radwege, die alle Ortsteile sicher, lückenlos und engmaschig miteinander verbinden. Bei der Gestaltung muss besondere Rücksicht auf die Bedürfnisse mobilitätseingeschränkter Personen gelegt werden. So braucht es abgesenkte Bordsteinkanten, durchdachte Blindenleitsysteme und akustische und vibrierende Ampeln, um nur ein paar Beispiele zu nennen. Für diese Personengruppen braucht es mehr Bänke und Rastmöglichkeiten, denn gerade auch etwa im Alter, wenn die Beine nicht mehr so weit tragen, helfen diese um im eigenen Tempo voranzukommen.

Gleichzeitig braucht es eine erhebliche Ausweitung der verkehrsberuhigten Bereiche, Bereiche in denen alle Verkehrsteilnehmenden gleichberechtigt sind, sog. Shared Spaces und, wo immer möglich, Tempo-30-Zonen.

(vgl. Verkehrskonzept)

Belebung der Park- und Grünanlagen

Park- und Grünanlagen bilden die grünen Lungen unseres Ortes.

Das Areal zwischen Kohlgruberstraße und **Murnauer Bucht** soll als Seepark gestalterisch aufgewertet und bewahrt werden. In der Murnauer Bucht selbst braucht es neben einem freien Seezugang auch vor allem eine Verkehrsberuhigung, die mit einer Parkplatzreduktion und Anbindung an den ÖPNV einhergeht und somit zu einer gesteigerten Aufenthaltsqualität führt. Der **Kurpark** braucht ebenfalls eine Aufwertung. An heißen Sommertagen ist er kaum nutzbar. Es braucht mehr schattenspendende Bäume und Elemente, die zum Verweilen einladen, wie z.B. Schachfelder.

Anknüpfend nicht zuletzt an den Kulturknall 2019 soll der **Seidlpark** wiederbelebt werden. Hier ist zusammen mit dem Verein Murnauer Parklandschaften ein tragfähiges Konzept zu erarbeiten, so dass sowohl Seidl- als auch Molopark wieder mit Leben gefüllt werden. Von Picknickwiesen bis zu Grill- und Spielplätzen, soweit im Rahmen des Denkmalschutzes möglich, soll hier wieder ein gelebtes öffentliches Miteinander stattfinden.

Doch auch jenseits der öffentlichen Parks braucht es attraktive Grünanlagen. Ein interessantes Konzept stellen dabei etwa Essgärten und frei zugängliche Streuobstwiesen dar. Zugleich müssen wir auch an unsere vierbeinigen Freunde denken. Es braucht dringend fußläufig erreichbare Spielwiesen für Hunde, so dass ein harmonisches Miteinander von Mensch und Tier möglich ist.

Bahnhofstraße / Postgasse / Ödön-Von-Horváth-Platz

In den vergangenen Jahren wurde mit einer ambitionierten Neugestaltung begonnen. Für die Zukunft muss vor allem auf eine attraktivere Gestaltung mit mehr Grün geachtet werden, sowie eine attraktive Anbindung an die Fußgängerzone erfolgen. (vgl. Wirtschaftskonzept)

Auch muss endlich eine neue attraktive Nutzung für das alte Postgebäude gefunden werden, damit dieses Juwel und damit der gesamte Platz wiederbelebt wird.

Mehr Raum für Kinder & Jugendliche

Es braucht mehr Raum für Kinder und Jugendliche. Für die Kleinen braucht es u.a. Spiele-Inseln z.B. in der Fußgängerzone. Für die Großen braucht es mehr über den Ort verteilte Bolzplätze, Calisthenics Geräte etc. (vgl. Kinder- und Jugendkonzept)

Naturnahe Bewirtschaftung der Grünflächen

Die kommunalen Grünflächen müssen naturnah bewirtschaftet werden damit sie Insekten und anderen Tieren einen Lebensraum bieten. Gleichzeitig werden die Mitbürger*innen bei einer artenschutzgerechten Gartengestaltung durch Leitfäden und Beratung etc. unterstützt.

Stadtplanerische Gestaltung der Murnauer "Vororte"

Murnau ist mehr als nur der Ortskern. Gerade die Ortsteile wie Westried und Moosrain müssen dringend stadtplanerisch gestaltet werden.

Lichtverschmutzung verringern

Für einen klareren Blick auf die Sterne, den Schutz von Insekten und anderen Tieren und unseres gesunden Schlaf- bzw. Biorythmus braucht es eine Verringerung der Lichtverschmutzung. Dazu muss die Straßen- und Wegebeleuchtung auf möglichst nur nach unten strahlende LED warmweiß-Licht Beleuchtung umgestellt und wo immer möglich auf eine permanente Beleuchtung verzichtet werden.

Ortsgestaltungssatzung entschlacken

Murnau ist ein gewachsener Ort der gerade auch durch seine architektonisch ausgefallenen Gebäude wie etwa die von Seidl errichteten Villen besticht. Für eine attraktive und lebendige Ortsentwicklung ist daher eine Entschlackung der Ortsgestaltungssatzung notwendig, selbstverständlich im Einklang mit dem Denkmalschutz. Dies führt dann nicht nur zu neuen Impulsen in der Entwicklung, sondern mit Sicherheit auch zu dringend in Murnau benötigtem Wohnraum.

Senioren

Menschen in der 2. Lebenshälfte in die Mitte der Gesellschaft bringen

Einleitung

Das Leben ist vielfältig. Es ist so vielfältig wie die Menschen selbst. In unserer Gemeinde leben die unterschiedlichsten Menschen jeden Alters zusammen. Wir wollen gerade auch ältere Menschen in ihrer selbstbestimmten Lebensführung, entsprechend ihrer individuellen Lebensentwürfe, unterstützen. Dazu muss die Kommune die entsprechenden Rahmenbedingungen schaffen und gestalten.

"Senior*innen" sein hat sich verändert. Menschen leben heute oft länger und sind nicht selten bis ins hohe Alter vitaler, beweglicher und gesünder als vorhergehende Generationen. Kurz gesagt, wer auf dem Papier gesellschaftlich als "alt" gilt, fühlt sich oft noch sehr jung! Zugleich schreitet der demografische Wandel auch in unser Kommune voran. Waren 1987 noch 19,6% der Bevölkerung über 65, sind es Stand 2017 bereits 24,1%. In den kommenden Jahren werden auch die sogenannten Babyboomer ihren Renteneintritt erleben. Nicht zuletzt da unsere Region bei Senior*innen von nah und fern unverändert als Altersruhesitz beliebt ist, wird der Anteil der Menschen über 65 auch in Zukunft voraussichtlich zunehmen.

Wir alle erleben verschiedenste Lebenssituationen und Wohnphasen, von der Studenten- / Azubi- WG über die erste Kleinwohnung bis zum Familienheim. Später, wenn die eigenen Kinder aus dem Haus sind, stehen oft wieder Veränderungen an. Statistisch drücken sich diese individuellen Lebensereignisse in einer sinkenden durchschnittlichen Haushaltsgröße aus: laut Prognose werden es im Jahr 2025 im Landkreis 1,7 Personen je Haushalt sein.

Umzüge, Familienzuwachs und Todesfälle sind lebensbestimmend und es entstehen für jedes dieser Ereignisse sich verändernde Bedürfnisse und Anforderungen. Oft sinkt mit dem Renteneintritt auch das verfügbare Einkommen beträchtlich, gleichzeitig muss man unter Umständen eine vom Arbeitgeber gestellte Betriebswohnung verlassen. Zugleich ändern sich oft auch die Ansprüche an das eigene Wohnumfeld. Mit den Jahren braucht man vielleicht eine barrierefreie Wohnung, die den individuellen körperlichen, und vielleicht auch geistigen, Einschränkungen entspricht.

Umso wichtiger ist ein breites Angebot an günstigem und flexibel nutzbarem Wohnraum, damit man auch im Alter nicht gezwungen ist, das gewohnte Umfeld, die nachbarschaftliche Gemeinschaft, zu verlassen, sondern selbstbestimmt in den eigenen vier Wänden, oder auch in andere Wohnformen, wie Senioren-WGs und Mehrgenerationen-WGs, sowie betreuten Wohnformen, leben kann.

Uns alle können plötzliche und unerwartete körperliche wie geistige Einschränkung treffen, für die nicht selten schnelle Lösungen benötigt werden, die aber wenig bis gar nicht vorhanden sind. Für Betroffene selbst, wie auch für Angehörige und Freunde, ist daher im ersten Schritt ein unkompliziertes Beratungs- und Unterstützungssystem unabdingbar. Es braucht Unterstützung und Beratung im Umgang mit der neuen Lebenssituation, um weiterhin möglichst selbstbestimmt die neuen Herausforderungen bewältigen zu können.

Hilfs- und Unterstützungsangebote müssen auf unterschiedlichen Ebenen gestärkt werden. Gerade auch die Unterstützung im Bereich der Tages- und Kurzzeitpflege, wie auch in der stationären Pflege und für eine würdige Begleitung in den letzten Tagen und Stunden, ist entscheidend für ein selbstbestimmtes Leben und letztlich auch für ein ebenso selbstbestimmtes Sterben.

Doch gute Pflegeeinrichtungen und Qualität in der Pflege gibt es nur mit ausreichend gutem Pflegepersonal. Ohne verfügbarem bezahlbaren Wohnraum und ohne gute Ausbildungsplätze vor Ort finden Pflegekräfte hier kein attraktives Umfeld vor und offene Stellen bleiben oft viel zu lange unbesetzt.

Gerade im ländlichen Raum ist auch die Mobilität eine große Herausforderung. Ohne das eigene Auto geht oft nichts. Und wenn die eigenen Beine schwächer werden, ist das Rad oft auch keine Alternative mehr. Ein leistungsfähiger und kostengünstiger OPNV ist dringend notwendig, um das Recht auf selbstbestimmtes Leben und Teilhabe an der Gesellschaft zu gewährleisten. Darüber hinaus ist jedoch gerade für mobilitätseingeschränkte Menschen auch ein Rufbus unverzichtbar, der sie Zuhause abholt, an ihr Ziel und wieder zurückbringt.

Parallel dazu muss die Kommune bei der Gestaltung des öffentlichen Raumes viel mehr auf Barrierefreiheit achten. Wir brauchen abgesenkte Bordsteinkanten, die für Rollatoren und Rollstühle leicht überwindbar sind, Leitstreifen und akustische Ampeln für Menschen mit schlechten Augen. Vibrierende Ampeln für höreingeschränkte Personen. Aber auch vermeintliche Kleinigkeiten wie mehr Bänke, die eine Rast erlauben. Wir brauchen mehr saubere und barrierefreie Toiletten im öffentlichen Raum. Gleichzeitig gilt es zu bedenken, dass Einschränkungen oft in unterschiedlichsten Kombinationen auftreten können. Was einer Person hilft, kann für andere zum Hindernis werden.

Umso wichtiger ist es, dass die Betroffenen aktiv eingebunden werden, damit besser auf ihre Bedürfnisse eingegangen werden kann.

Die veränderten Lebensbedingungen verändern auch die Anforderungen an das soziale Umfeld. Als Kommune, aber auch als Gesellschaft, ist es daher unsere Aufgabe, nachbarschaftliche und andere gesellschaftliche Gruppierungen darin zu unterstützen, ein dichtes soziales Netz gegenseitiger Unterstützung und Hilfe im Alltag zu spannen und aufrecht zu erhalten und eine dauerhafte Teilhabe am gesellschaftlichen Leben zu ermöglichen.

Maßnahmen

Barrierefreier öffentlicher Raum

Maßnahmen wie das Absenken von Bordsteinkanten, akustische vibrierende Ampeln, taktile Bodenmarkierungen, mehr barrierefreie öffentliche Toiletten und Bänke zum Ausruhen müssen im Rahmen eines umfassenden Seniorenkonzepts geplant und umgesetzt werden und zum Standard für alle Neu- und Umbauten bei Anlagen im öffentlichen Raum werden Da Einschränkungen oft in unterschiedlichsten Kombinationen auftreten, muss dies stets in enger Zusammenarbeit mit dem Seniorenbeirat und Betroffenengruppen gemeinsam erarbeitet werden.

Senioren-WGs, Mehrgenerationen-WGs, bezahlbares Wohnen

Der Markt Murnau setzt sich für das Entstehen von Senioren- und Mehrgenerationen-WGs ein. Dazu stellt die Bereitstellung günstigen Wohnraumes sowie einer nötigen Flexibilität einen unabdingbaren Schritt dar. Ein entscheidender Beitrag dazu kann über das Grüne Murnauer-Einheimischen-Modell geleistet werden, welches günstigen Wohnraum über die Bebauung durch Genossenschaften im Erbpachtmodell schafft. Die Genossenschaften sollen über entsprechende Kriterien verpflichtet werden, derartige Wohnkonzepte einzuplanen. Eine gute Durchmischung der Bewohner*innen von Wohnanlagen nicht nur im Hinblick auf das Einkommen, sondern eben auch auf die Altersgruppen sorgt für mehr Verständnis für die jeweiligen Bedürfnisse und kann zu mehr Miteinander und Gemeinschaftlichkeit in der Gesellschaft führen. (vgl. Wohnbaukonzept)

ÖPNV und Rufbus für mobilitätseingeschränkte Personengruppen

Der Markt Murnau soll in Zusammenarbeit mit den Nachbargemeinden und allen beteiligten Stellen einen umfassenden und engmaschigen ÖPNV aufbauen. Als Teil dessen muss für mobilitätseingeschränkte Senior*innen ein günstiger Rufbus eingeführt werde, der eine Haustürzu-Haustür-Fahrt ermöglicht. (vgl. Verkehrskonzept)

Wohnungstauschbörse

Mit den Jahren ändern sich die Ansprüche und Bedürfnisse. Diese lassen sich häufig in der bestehenden Wohnung nicht mehr realisieren. Wir wollen eine Wohnungstauschbörse einrichten, die es ermöglicht, auf diese sich ändernden Bedürfnisse unbürokratisch und schnell reagieren zu können.

Wohnpartnerschaften

Braucht man Hilfe und Unterstützung im Alltag, kann dies durch eine im eigenen Haushalt lebende Hilfskraft geleistet werden. Gleichzeitig brauchen junge Menschen-, Azubis und

Student*innen günstigen Wohnraum. An diesem Punkt setzten Projekte wie z.B. Wohnen für Hilfe (www.wohnenfuerhilfe.info) an und bringen Menschen zum gegenseitigen Nutzen zusammen. Dieses Konzept kann für unsere Region, in der günstiger Wohnraum Mangelware ist und die durchschnittliche Haushaltsgröße sinkt, ein echter Mehrwert sein. Gleichzeitig fördern solche Projekte das Miteinander, den Zusammenhalt und den Austausch unter den Generationen.

Ausbau des Angebots an Tagespflege und Kurzzeitpflege

Das Angebot an Tagespflegeplätzen und Kurzzeitpflegeplätzen in Murnau und Umgebung deckt bei weitem nicht die Bedürfnisse ab und muss daher dringend ausgebaut werden. Die Kommune muss dazu auf die entsprechenden Partner zugehen und für günstige Rahmenbedingung sorgen. Hier ist ebenfalls vorstellbar, dies in genossenschaftliche Wohnprojekte mit einzubinden um ein Mehr an Miteinander zu realisieren. Es muss wieder normal werden, dass wir einander helfen und uns umeinander kümmern.

Bedürfnisse ermitteln und Ansprechpartner sein

Die Zusammenarbeit zwischen der Kommune, dem Seniorenbeirat und anderen Betroffenengruppen muss enger gestaltet und in ein dauerhaftes Konstrukt überführt werden. Gleichzeitig muss die Kommune aktiv auf die Senior*innen in Murnau zugehen, um ihre Bedürfnisse besser als bisher zu ermitteln und auf diese reagieren zu können. Daher braucht es im Rathaus eine niederschwellig und aktiv aufsuchend arbeitende Ansprechpartner*in für Senior*innen, die zugleich auch als Koordinierungsstelle für die zahlreichen existierenden Angebote fungiert.

Nachbarschaftliche Netzwerke fördern

Mit zunehmenden Alter sinkt oft die Zahl der Haushaltsangehörigen und Verwandten in unmittelbarer Umgebung. Gleichzeit ist man oft zunehmend auf Hilfe und Unterstützung angewiesen. Umso wichtiger ist daher ein stabiles soziales Netz in der unmittelbaren Umgebung. Wir wollen daher bestehende nachbarschaftliche Netzwerke unterstützen und das Entstehen neuer Netzwerke fördern. Sei es die Hilfe beim Einkaufen oder im Haushalt, der soziale Kontakt bei Kaffee und Kuchen oder auch der gemeinsame Besuch von Veranstaltungen.

Günstiger Wohnraum und ortsnahe Ausbildung für Pflegekräfte

Ohne Pflegekräfte keine Pflege. Gerade auf unserem höchst angespannten Wohnungsmarkt ist die Bereitstellung von ausreichendem und bezahlbarem Wohnraum für Pflegekräfte eine Herausforderung. Genau hier setzt das Grüne Murnauer-Einheimischen-Modell an. Bezahlbare Wohnungen, vom Einzimmerappartement über Wohngemeinschaften für Auszubildende bis hin zu Mehrraumwohnungen für Pflegefachkräfte mit Familie. Dazu unterstützt die Gemeinde die Pflegedienstleister aktiv, ihren Arbeitnehmer*innen günstige Betriebswohnungen zur Verfügung zu stellen. Sollten neue Pflegeeinrichtungen entstehen, sollen die Betreiber durch vereinfachte und schnelle Baugenehmigungen darin unterstützt werden, Wohnraum für die eigenen Beschäftigten zu schaffen.

Gleichzeitig gilt es die Pflegeausbildung im Landkreis weiter zu stärken, damit angehende Pflegekräfte angesiedelt werden können und einheimische Interessent*innen nicht wegziehen müssen um den Beruf zu erlernen.

Tourismus

Im Einklang mit dem Ort und der Natur

Einleitung

Der Tourismus, insbesondere auch der Tagestourismus, ist ein wichtiges wirtschaftliches Standbein für Murnau und die ganze Region. Angelockt durch die schöne Natur, unsere Badeseen, Wandermöglichkeiten, das Ortsbild, die Kultur und nicht zuletzt durch die wunderbare Aussicht strömen spätesten seit der Fertigstellung der Bahnverbindung die Touristen von nah und fern nach Murnau und prägen unser Ortsbild mit. Die Qualitäten unseres Ortes lockten nicht nur in der Vergangenheit Touristen, Künstler und Gelehrte an, sondern versprechen auch in Zukunft Erholungssuchende anzusprechen.

Doch damit die Qualität unserer Heimat nicht unter den Touristenströmen leidet, müssen wir zu einem nachhaltigeren Tourismus kommen. Dazu müssen die Ströme vom PKW auf Bus und Bahn, Fahrrad und Fußsohlen verlagert werden, da diese zu weniger Flächen- und Ressourcenverbrauch (Parkplätze etc.), weniger Emissionen wie Lärm und Abgasen führen und damit auch einen Beitrag zur Verkehrswende leisten.

Eine Abkehr vom PKW im Tourismus würde zugleich zu einer Entschleunigung führen, die tendenziell auch zu einer längeren Verweildauer und damit potentiell zu einer besseren Auslastung der Unterkünfte führen würde. Dieser Wandel lässt höhere Umsätze für die Gaststätten, den lokalen Einzelhandel und die kulturellen Einrichtungen und damit einen positiven Beitrag für die lokale Wirtschaft erwarten.

Der Ausbau von Bus und Bahn, Fahrradinfrastruktur, Fußwegen, aber auch anderen touristischen Infrastrukturen wie Sanitäranlagen etc. ist zugleich auch der hiesigen Wohnbevölkerung während ihrer Alltags- und Freizeitaktivitäten von Nutzen.

Maßnahmen

Verkehr

Der An- und Abreiseverkehr soll nach Möglichkeit vom PKW auf die Schiene verlagert werden. Dazu sollen einerseits Informationen bzw. Werbemaßnahmen erfolgen, die zu einem Bewusstseinswandel auf Seiten der Touristen führen. Zugleich soll der Bahnhof selbst attraktiver für Touristen werden. Dazu sollen die sich dort befindenden digitalen Touristinformationen modernisiert und die Öffnungszeiten des Bahnhofscafés ausgeweitet werden.

Weiterhin sind aber auch Investitionen in die Schiene nötig. Murnau soll sich dazu massiv für eine Taktverdichtung auf der Werdenfelsbahn einsetzen. Gleichzeitig müssen die Transfermöglichkeiten ausgebaut werden durch einen Ausbau hin zu einem echten ÖPNV sowie dem Einsatz von Shuttelbussen und mehr Taxis, die den reibungslosen Tranfer zu Hotels, Klinik etc. gewährleisten.

Ein ausgebauter ÖPNV sowie ausgebaute Fuß- und Radwege ermöglichen vor Ort ein entspanntes Urlaubserlebnis ganz ohne Auto. Neben mehr Fahrradstellplätzen soll es u.a. auch direkt am Bahnhof möglich sein, Fahrräder auszuleihen. Eine fußgänger*innen- und fahrradfahrer*innenfreundliche Beschilderung mit Zeit- und Entfernungsangaben sowie Umgebungskarten soll Mobilität im Ort erleichtern.

Zugleich soll die Zahl der touristischen Parkplätze innerorts verringert und die Parkgebühren erhöht sowie ein Anschluss an den Nahverkehr gewährleistet werden.

Selbstverständlich soll auch der Durchgangstourismus vom PKW hin zu Bus, Bahn und Fahrrad verlagert werden.

Sanfter Tourismus

Ziel ist es, einen naturverträglichen, entschleunigten und nachhaltigen Tourismus zu fördern. Dazu ist eine Lenkung der Touristenströme und der Schutz sensibler Bereiche nötig. Dies soll einerseits durch eine bessere Beschilderung des Wander- und Fahrradwegenetzes und Einbindung digitaler Angebote erfolgen, damit die Touristen weniger vom Weg abkommen und sensible Bereiche besser geschützt werden. Andererseits soll ein entschleunigter Tourismus gefördert werden etwa durch eine Fokussierung auf Genusstouren durchs Blaue Land, bei denen z.B. zu Fuß oder mit dem Rad unsere Gaststätten und Biergärten erkundet werden.

Touristische Infrastruktur

Gastronomische Ziele bzw. Einkehr- und Rastmöglichkeiten entlang der Wander- und Radwege sollen gefördert werden. Das soll mit einem Ausbau von Sanitäranlagen und Müllentsorgungsmöglichkeiten entlang der touristischen Routen einhergehen. Auch sollen die Lehrpfade und Info-Tafeln mit Informationen zur Orts-, Kultur- und Landschaftsgeschichte ausgebaut werden.

In Zusammenarbeit mit den umliegenden Gemeinden sollen Rad- und Wanderwege sowie das ÖPNV Angebot ausgeweitet, das Angebot der Gästekarten verbessert und Wander- und Radwanderkarten erstellt werden. Gleichzeitig sollen durch eine interkommunale Zusammenarbeit die Touristen besser unter den Gemeinden verteilt werden, damit Gemeinden einerseits nicht überlastet werden und andererseits auch nicht leer ausgehen.

Umweltschutz

Wir haben keinen Planeten B

Einleitung

Der Erhalt unserer natürlichen Lebensgrundlagen ist unverzichtbar für unsere Zukunft. Die Natur kann auch ohne uns leben, aber wir nicht ohne die Natur.

Wir haben nur diesen einen Planeten, wir sind auf eine intakte Natur, ein intaktes Ökosystem angewiesen.

Doch der Klimawandel schreitet voran. Das Ziel des Übereinkommens von Paris, den Anstieg der globalen Durchschnittstemperatur auf deutlich unter 2 °C, besser 1,5 °C über dem vorindustriellen Niveau zu begrenzen, scheint kaum noch erreichbar. Um die Klimaziele noch zu erreichen, ist jetzt ein Klimaschutz ohne Wenn und Aber notwendig.

Riesige Plastikteppiche bedecken die Weltmeere, Mikroplastik findet sich selbst im einst ewig geglaubten Eis der schmelzenden Polkappen und in unseren Kindern.

Pestizide und übermäßiges Düngen belasten Böden und Gewässer, das Summen der Bienen ist vielerorts leiser geworden oder ganz verstummt.

Unsere Gemeinde liegt umgeben von blauen Seen, grünen Wäldern und dem Moos vor einem wunderbaren Bergpanorama. Auf den ersten Blick mag dies wie eine intakte Natur mitten aus dem Bilderbuch wirken. Doch der Schein trügt.

Nutzungskonflikte zwischen Natur und Landwirtschaft (Kulturlandschaft), zwischen Natur und dem Bedarf nach Wohnraum und Gewerbeflächen, zwischen Natur und Verkehrswegen bestehen auch hier.

Unser Handeln beeinflusst nicht nur unsere unmittelbare Umgebung:

Unsere Fahrzeuge, unsere Häuser, unsere Firmen stoßen Tag für Tag CO₂ und andere klimarelevante Gase aus, die zur Erderwärmung beitragen und somit die Klimakrise Tag für Tag verschärfen.

Unser Müll, selbst wenn wir ihn sorgsam trennen, verschmutzt andernorts oft die Natur, landet in den Meeren und wird dort zur Gefahr für Mensch und Tier.

Unser Lebensstil verbraucht Ressourcen, deren Auswirkungen für die Umwelt wir selbst kaum erahnen können und auch oft nicht sehen wollen. Sei es die Abholzung der Regenwälder, der Abbau von Bodenschätzen oder die Auslaugung der Böden. Ganz zu schweigen von der alltäglichen Tierquälerei in der Massentierhaltung, um den Hunger der Welt nach billigem Fleisch zu stillen.

Umweltschutz beginnt immer im Kleinen. Er beginnt vor Ort und er beginnt bei jede*r Einzelnen.

Die Weltgemeinschaft, die EU, die Bundes- und die Landesregierung können Abkommen schließen und gesetzliche Rahmenbedingungen vorgeben. Um aber all dies mit Leben zu füllen, müssen wir auf kommunaler Ebenen unseren Handlungsspielraum ausschöpfen und unseren persönlichen Beitrag zum Umweltschutz leisten. Weil wir hier leben. Dafür setzen wir Grüne uns ein!

Maßnahmen

Klimanotstand ausrufen

Es ist dringend erforderlich, jetzt auf allen Ebenen von Gesellschaft und Politik zu effizienten und konsequenten Maßnahmen zu greifen, um die Katastrophe des Klimawandels noch aufzuhalten. Weltweit haben Kommunen wie Los Angeles, Vancouver, London, Basel und inzwischen auch mehrere deutsche Städte den Klimanotstand ausgerufen und damit ein Signal gesetzt.

Als Kommune müssen wir die Auswirkungen auf das Klima bei jeglichen anstehenden politischen Entscheidungen berücksichtigen. Mit der Ausrufung des Klimanotstandes verpflichten wir uns, dazu diejenigen Lösungen zu bevorzugen, die den Klima- und Artenschutz berücksichtigen und den Klimawandel und dessen Folgen abschwächen. Hierzu müssen von der Verwaltung für sämtliche Beschlussvorlagen, die bestehenden Möglichkeiten für Klima- und Artenschutz dargestellt und bewertet werden. Es bedarf der Einführung eines Klimaschutz-Qualitätsmanagements in der Verwaltung mit einer Bestimmung des IST-Zustandes, einer Festlegung von Zielsetzungen, der Verantwortlichkeiten und der Entwicklung eines Fehlermanagements. Es bedarf einer transparenten Berichterstattung und einer Erfolgskontrolle.

Energiewende jetzt

Um unseren Beitrag zum Klimaschutz zu leisten, ist ein schneller Ausstieg aus der Nutzung fossiler Brennstoffe zur Erzeugung von Energie notwendig. Dies betrifft sowohl die Stromerzeugung als auch die Energie, die wir für Heizen, Warmwasser und unsere Mobilität benötigen.

Wir müssen unsere lokalen regenerativen Energieressourcen nutzen und gleichzeitig den Energieverbrauch in allen Sektoren senken.

Unsere konkreten Forderungen dazu finden sich in unserem Energiekonzept und unserem Verkehrskonzept.

Stopp dem Flächenfraß

Um der Natur, gerade auch in ihrer Funktion als CO₂-Speicher, genug Platz zu lassen, aber auch um mit ausreichend Grünflächen und vor allem Bäumen die Temperaturen innerhalb unserer

Ortschaften niedrig zu halten, müssen wir angesichts der bereits fortgeschrittenen Bodenversiegelung weiterem Flächenfraß entgegentreten.

Nicht ein Wachsen in die Fläche, sondern eine innere Verdichtung ist das Gebot der Stunde. Für Bauprojekte sind vorzugsweise bereits versiegelte Flächen, z.B. Parkplätze, mit klugen und durchdachten Lösungen wie aufgeständerten Bauweisen zu überbauen und Bestandsgebäude aufzustocken bzw. Dachgeschosse auszubauen. Bei allen Projekten gilt es, so flächensparend wie möglich zu agieren und Aspekte wie die Luftzirkulation zu berücksichtigen. Nicht mehr benötigte Flächen müssen entsiegelt und wo immer möglich der Natur zurückgegeben werden. Die Landesregierung bietet bereits Entsiegelungsprämien an.

Natur- und Landschaftsschutzgebiete weiterentwickeln, Biotope vernetzen

Murnau ist mit dem Murnauer Moos, dem Staffelsee, Frosch- und Riegsee und der Loisach umgeben von Schutzgebieten unterschiedlicher Kategorien. Im Interesse des Erhalts unserer natürlichen Lebensgrundlagen, der Schönheit der Natur und der Biodiversität streben wir danach, diese Gebiete biologisch unversehrt zu erhalten, wo immer möglich auszuweiten und ihren Schutz zu verbessern.

Wir wollen der Natur mehr Raum geben, sich zu entfalten und zu einem eigenen Gleichgewicht unabhängig von Nutzungsinteressen des Menschen, zu finden. Wildnis und Wildtiere müssen auch in unserer dicht besiedelten Kulturlandschaft Räume finden. Wir fordern einen Stopp der Tötung von Wildtieren ohne wissenschaftliche Erforschung der tatsächlichen biologischen Tragfähigkeit. Biber und Co. brauchen Lebensräume, in denen sie sich frei entfalten können. Die Lebensräume von Tieren und Pflanzen müssen gleichzeitig stärker vernetzt werden, damit eine natürliche Ausbreitung und der Erhalt der Arten möglich bleibt bzw. erst ermöglicht wird.

Umweltverträgliche und nachhaltige Bewirtschaftung aller Flächen

Im Zeichen des Volksbegehrens zum Artenschutz fordern wir eine umweltverträgliche und nachhaltige Bewirtschaftung der kommunalen Flächen.

Alle Grünflächen sind im Interesse der Biodiversität so zu bewirtschaften, dass Insekten, Vögel etc. ihren natürlichen Lebensraum finden. Dies beginnt bei der Art der Bepflanzung, dem Zeitpunkt der Pflegemaßnahmen und schließt den Verzicht auf Pestizide mit ein. Gleichzeitig wollen wir auf die privaten Grundstückseigentümer einwirken, ebenso im Interesse der Natur zu verfahren.

Baumschutzsatzung verabschieden und mehr Bäume pflanzen

Wir fordern die Verabschiedung einer Baumschutzsatzung. Der Erhalt des Baumbestandes ist essenziel für den Erhalt eines guten Ortsklimas und der Biodiversität. Gleichzeitig sollen gerade auch im öffentlichen Raum mehr Bäume gepflanzt werden. Dadurch werden die Aufenthaltsqualität im öffentlichen Raum verbessert und die Temperaturen innerhalb der bebauten Siedlungen niedrig gehalten.

Lichtverschmutzung reduzieren

Wir wollen die Straßen- und Wegebeleuchtung mit auf den Boden gerichteten warmweißen LED-Licht umrüsten und, wo immer es geht, auf unnötige Beleuchtung verzichten. Diesbezüglich wollen wir auch auf private Grundstückseigentümer einwirken. Lichtverschmutzung trübt nicht nur den Blick auf die Sterne und stellt eine Energieverschwendung dar, sie schadet allen lebenden Organismen und damit auch uns Menschen selbst, sei es durch die Behinderung der Navigation nachtaktiver Insekten oder den negativen Einfluss auf den natürlichen biologischen Rhythmus von Menschen, Tieren und Pflanzen.

Kreislaufwirtschaft fördern

Für den Erhalt unserer natürlichen Lebensgrundlagen müssen wir weg von der Wegwerfgesellschaft. Wir wollen die lokale Kreislaufwirtschaft fördern. Wir fördern die biologische Landwirtschaft und den Vertrieb regional erzeugter Produkte mit kurzen Transport- und Lieferwegen, die gleichzeitig einen weitgehenden Verzicht auf Plastik und andere Verpackungen ermöglichen. Müll, der nicht anfällt, muss auch nicht entsorgt werden.

Wir fördern das Recycling von Müll und Gebrauchsgegenständen.

Anpassungen an den Klimawandel

Der Klimawandel lässt auch bei uns wärmere und trockenere Jahre mit häufiger auftretenden Extremwetterereignissen bis hin zur unabsehbaren Klimaveränderung erwarten, sollte die Erderwärmung nicht auf deutlich unter 2 Grad begrenzt werden.

Dies wird erheblichen Stress für unsere Wälder (Wassermangel, Schädlingsbefall etc.) und die Natur im Allgemeinen, aber auch für uns Menschen (Hitze, Wasserversorgung, Unwetterschäden) mit sich bringen.

Wir müssen uns mit den auf uns zukommenden Veränderungen befassen und rechtzeitig Anpassungsmaßnahmen einleiten.

Umweltbeirat schaffen

Wir wollen einen Umweltbeirat schaffen, der seinen Namen verdient. Er muss in kurzen Abständen tagen und mit entsprechenden Mitteln und Kompetenzen ausgestattet sein, um alle hochkomplexen Fragen auf kommunaler Ebene bewältigen und den Weg der Gemeinde in eine umweltverträgliche Zukunft aktiv begleiten und gestalten zu können. Dazu ist eine intensive Vernetzung aller Akteure notwendig.

Verkehr

Verkehrswende jetzt - für eine zukunftsorientierte Verkehrspolitik Wer Straßen sät, wird Verkehr ernten!

Einleitung

Der motorisierte Verkehr hat in Murnau in den letzten 10 Jahren um 21% zugenommen. Gleichzeitig erleben wir eine deutliche Zunahme an Radfahrer*innen am Gesamtverkehr. Da der verfügbare Straßenraum, der meist ausschließlich für den Autoverkehr geplant wurde, aber nicht beliebig ausgeweitet werden kann, kann oft kein entspanntes Neben- und Miteinander im vorhandenen Raum stattfinden. Gleichzeitig wollen wir der immer größeren Zerstörung der Natur Einhalt gebieten.

Die Fertigstellung der Tunnels in Oberau und am Kramer wird zu einer weiteren Verkehrsbelastung führen. Weitere Ortsumfahrungen und Entlastungsstraßen, wie auch in Murnau geplant, führen ebenfalls zu einer Zunahme des Verkehrs und verlagern die Gesamtbelastung nur zu Lasten anderer Gebiete. Beim Blick über den Tellerrand ist zudem zu bedenken, dass unsere Gegend dadurch immer mehr zur Transitstrecke Richtung Italien wird, auch weil seit 2017 Gigaliner regulär in Deutschland fahren dürfen. Die Forderung, mehr Lastenverkehr auf die Schiene zu verlagern, wird damit ad absurdum geführt. Gerade der Verkehrssektor konnte seine klimarelevanten Emissionen seit 1990 nicht senken und steht daher umso mehr in der Pflicht, seinen Beitrag zum Klimaschutz zu leisten. Der drohenden Klimakatastrophe heißt es auf allen Ebenen entgegenzusteuern. Deshalb streben wir eine konsequente Mobilitätswende an.

Dauerstaus vor Murnau und im Zentrum führen schon jetzt zu Gesundheitsgefährdung, Lärm und mangelnder Sicherheit für Radfahrer*innen und Fußgänger*innen.

Dabei stellt der Umstieg auf E-Autos oder auch auf Wasserstoffautos an sich noch keine Lösung dar. Zum einen sind diese Fahrzeuge nur dann klimafreundlich, wenn der Strom für ihren Betrieb bzw. die Gewinnung von Wasserstoff durch Elektrolyse aus erneuerbaren Energien stammt. Zum anderen ist auch die Herstellung der Fahrzeuge und insbesondere der Batterien mit einem enormen Ressourcenverbrauch und damit einhergehenden Umweltschäden verbunden. Durch einen reinen Umstieg ist noch nichts gegen die Verkehrsbelastung getan. Jeder Umstieg muss daher auch mit einer Reduzierung der absoluten Zahl der Kraftfahrzeuge, u.a. durch einen Umstieg auf ÖPNV und Carsharing etc., sowie der Verlagerung des

Schwerlastverkehrs auf die Schiene einhergehen, um tatsächlich umweltfreundlich zu sein und zugleich unsere Verkehrsprobleme zu lösen.

Der öffentliche Raum muss für alle Verkehrsteilnehmer*innen nutzbar sein. Das bedeutet, dass wir sichere, schnelle und einfache Möglichkeiten der Mobilität für alle Teilnehmenden am Verkehr schaffen müssen. Dabei sind die verschiedenen Bedürfnisse genau zu untersuchen und miteinzubeziehen. Die Verkehrsteilnehmenden unterteilen sich nicht nur in PKW- und LKW-Verkehr, Radverkehr, ÖPNV-Nutzer*innen und Fußgänger*innen. Auch innerhalb dieser Gruppen haben mobilitätseingeschränkte Personen wie Kinder, Senior*innen und Personen mit körperlichen oder geistigen Einschränkungen, aber auch Alltags- und Freizeitradler*innen und Tourist*innen usw. die unterschiedlichsten Bedürfnisse.

Der zur Verfügung stehende Raum muss für alle Verkehrsteilnehmer*innen gerecht aufgeteilt werden und dabei noch Raum für Begegnung und ein Miteinander bieten. Um das Ziel einer echten Verkehrswende zu erreichen, brauchen wir sichere Alternativen zum Auto: Vom Rad bis hin zum eng getakteten Ortsbus müssen alle Bedürfnisse abgedeckt sein. Und wir brauchen eine Verlagerung des Schwerlastverkehrs auf die Schiene. Jetzt! Wir brauchen eine umweltfreundliche Teilhabe an der Mobilität für ein zukunftsfähiges Murnau!

Vision

Unser Murnau der Zukunft verfügt über eine attraktive Innenstadt, möglichst autofrei, mit Fahrradstraßen und gleichberechtigten gemeinsamen Verkehrsflächen, sog. Shared Space Bereiche. Bis auf wenige Ausnahmen gilt Tempo 30. Ortsfremde werden mit einem intelligenten Parkleitsystem auf der verkehrstechnisch besten Route durch den Ort geleitet. Einheimische wie Tourist*innen finden überall überdachte Fahrradparkplätze und Ladestationen für elektrische Fahrzeuge aller Art sowie Tankstellen mit alternativen Kraftstoffen wie Wasserstoff vor. Unser Ortsbus, mit einem alternativen Antrieb, ist in wenigen Schritten von der Haustür erreichbar und kommt zuverlässig im 20-Minuten-Takt, dann kann uns Wind und Wetter nichts anhaben. Dank durchdachter Kreisverkehre an allen Kreuzungen fließt der Kraftfahrzeugverkehr gleichmäßig. Niemand ist innerorts mehr auf ein Auto angewiesen, für alle Zwecke gibt es vernünftige Alternativangebote. Wir kommen ohne Auto zu den Seen, Kinder finden sichere Schulwege vor, Fußgänger*innen erobern sich weite Teile der Straßen zurück. Viele Murnauer*innen haben ihr eigenes Auto abgeschafft. Falls sie doch mal ein Auto brauchen, ist es für sie praktischer sich eines zu leihen (Carsharing etc.). Dadurch ist auch der Bedarf an Parkplätzen stark gesunken. Murnau hat seinen Einfluss genutzt, damit auch die ÖPNV-Verbindungen über die Nachbarorte hinweg bis in die Nachbarlandkreise ausgebaut werden, und der Werdenfelstakt ist auf mindestens zweimal pro Stunde erhöht. Menschen nutzen die freigewordenen Flächen, begrünen und beleben sie. Es findet ein lebendiges Miteinander im öffentlichen Raum statt.

Maßnahmen

Radverkehr

- 1. Murnau ist Mitglied in der Arbeitsgemeinschaft fahrradfreundlicher Kommunen (AGFK) mit dem Ziel, die Auszeichnung "Fahrradfreundliche Kommune" zu erhalten. Dafür ist eine kontinuierliche Radverkehrsförderung Voraussetzung. Hierzu zieht die Kommune den Allgemeinen Deutschen Fahrrad Club (ADFC) als Expertengremium zu Rate.
- 2. Die Rad- und Schulwege müssen auf Grundlage des vorhandenen Radwegekonzepts zeitnah ausgebaut werden. Parallel dazu muss das Radverkehrskonzept kontinuierlich weiterentwickelt werden. Gleichzeitig müssen die bestehenden Radwege gepflegt werden.
- 3. Insbesondere muss ein Radweg von der Kohlgruberstraße ins Zentrum und zum Bahnhof geschaffen werden. Hierzu bedarf es intensiver Grundstücksverhandlungen und der Ausschöpfung aller rechtlichen Möglichkeiten.
- 4. Für Berufspendler*innen, Schüler*innen und Freizeitreisende muss der Bahnhof attraktive Unterstellmöglichkeiten für Zweiräder bereitstellen. Wir wollen den Bau eines Fahrradparkhauses, aber auch ausreichend gute und wetterfeste Unterstellmöglichkeiten für andere Zweiräder von Tretrollern bis Vespas. Dazu muss der Bahnhof von allen Ortsteilen aus bequem, schnell, sicher und auf direktem Weg mit dem Rad erreichbar sein.
- 5. Ortsfremde und Neubürger*innen wollen sich binnen kürzester Zeit in einem Ort zurechtfinden können. Aber auch Einheimische wissen oft gar nicht, wie sie beim Umstieg vom Auto aufs Radl möglichst sicher und bequem von A nach B kommen. Dazu brauchen wir ein lückenlos beschildertes Radwegenetz, das mit einem Radwegenetz des Landkreises vernetzt ist. Dies sollte über eine App als modernes Kommunikationsmittel unterstützt werden. Außerdem wird ein Fahrradwegweiser erstellt, der sich ausschließlich um Murnau und seine Ortsteile dreht.
- 6. Innerorts werden alle in Frage kommenden Straßen in Fahrradstraßen umgewandelt. Eine Fahrradstraße ist eine ausschließlich für den Fahrradverkehr vorgesehene Straße. Fahrradfahrer*innen haben hier Vorfahrt. KFZ-Verkehr kann zugelassen werden. Es herrscht für gewöhnlich Rechts vor Links; es kann aber auch eine Vorfahrtsregelung für die Fahrradstraße eingerichtet werden. Fahrradstraßen sind die richtigen Instrumente, um die Mobilitätswende tatsächlich umzusetzen. Wir fordern zunächst die Umwidmung der Soller- und der Pechmannstraße in Fahrradstraßen, um die Sicherheit von fahrradfahrenden Schüler*innen, Lehrer*innen und Besucher*innen vor der Christoph-Probst-Mittelschule zu erhöhen. Fahrradstraßen machen das Fahrradfahren attraktiver. Wir wollen gemeinsam mit den Bürger*innen die besten Lösungen finden. In

- Informationsveranstaltungen soll erläutert werden, an welcher Stelle welche Lösung umsetzbar ist und was das genau bedeutet.
- 7. An allen Kreuzungen mit Ampeln werden Aufstellflächen für Fahrradfahrer geschaffen, so dass Radler*innen stehende Autos überholen und bis zur Ampel vorfahren können.
- 8. Es werden mehr Querungshilfen für Radfahrer geschaffen, z.B. Reschstraße, Kohlgruber Straße, Kocheler Straße.
- 9. Wir fordern auf Höhe der Ramsachstraße eine Unterführung der Bundesstraße 2 für Fahrradfahrer*innen und Fußgänger*innen. Damit dort die B2 gefahrlos gequert werden kann. Im Norden von Murnau wollen wir eine Unterführung unter der B2 auf Höhe der Poschinger Allee für die Verbindung von Froschhausen nach Seehausen am Staffelsee.
- 10. Die Kommune verhandelt weiter intensiv mit der Bahn über eine kostengünstige Mitnahmemöglichkeit des Fahrrads im Zugverkehr.
- 11. Gemeinsam mit dem Einzelhandel und größeren Unternehmen erarbeitet die Gemeinde ein System, damit der innerörtliche Lieferverkehr in Murnau-Ort durch ein gemeinsames Lastenräderliefersystem ersetzt werden kann. Da mit den E-Lastenrädern der neuesten Generation auch leicht größere Strecken gefahren werden können, ist zu überlegen, so ein System auf die Ortsteile auszudehnen.
- 12. Die Gemeinde legt ein kommunales Förderprogramm für den Privatkauf von Lastenrädern auf. Als Basis kann das Programm der Stadt Moosburg gelten.
- 13. Verbesserungsmöglichkeiten sollen der Verwaltung unkompliziert, z.B. mittels einer Bürgerbeteiligungsapp mitgeteilt werden können.

ÖPNV

- 1. Zusätzlich zum geplanten Rufbus brauchen wir einen echten Ortsbus mit mehreren Linien, so dass ein 20 Minuten Takt mit Anbindung an den Bahnfahrplan realisiert werden kann. Die Linien müssen alle Ortsteile mit einbeziehen und das UKM und die Bucht anfahren. Die Fahrpreise müssen konsequent niedrig sein. Günstige Monats- und Jahreskarten schaffen Anreize zu Änderungen im Mobilitätsverhalten.
- 2. Parallel dazu müssen wir den Ziel- und Quellverkehr aus den umliegenden Ortschaften durch attraktive Busverbindungen in Zusammenarbeit mit Landratsamt und Kommunen fördern.
- 3. Murnau setzt sich in Zusammenarbeit mit den Nachbargemeinden intensiv für den zweigleisigen Ausbau und die Digitalisierung der Bahnstrecke Murnau-

München und für einen Halbstundentakt bei der Bahn ein. Die Strecke wird 2021 für 2023 neu ausgeschrieben, hier gilt es nicht locker zu lassen und den Ausbau zu einem der wichtigsten Vergabekriterien zu machen. Dieses Ziel werden wir in Zusammenarbeit mit Pro Bahn und den Kreisverbänden des ADFC zielstrebig vorantreiben.

- 4. Weiterhin setzt sich Murnau in Zusammenarbeit mit den Nachbargemeinden für eine Verbesserung der Situation der Fahrradmitnahme ein. Es braucht mehr Fahrradstellplätze und die Preise für die Fahrradmitnahme müssen deutlich sinken, bzw. soll die Mitnahme im Nahverkehr gratis sein.
- 5. Um die Mobilität von Kindern und Jugendlichen unabhängig vom Geldbeutel zu gewährleisten und um zu einer Abkehr vom "Eltern-Taxi" beizutragen, setzt sich Murnau für einen kostenlosen ÖPNV für Kinder und Jugendliche 24/365 ein. Dazu wollen wir mit den Nachbarorten sowie mit der DB und anderen Partner zusammenarbeiten. Die durch den Landkreis geschaffenen Ansätze müssen weiter ausgebaut werden. Wir sehen das als echte Entbürokratisierungsmassnahme an, da neben den dann überflüssigen Kontrollen die unterschiedlichen Kostenstellen und Kostenträger wegfallen.
- 6. Viele Urlauber*innen reisen schon jetzt mit der Bahn an. Hier gilt es, weiter zu denken und die kostenlose Nutzung des ÖPNV im Werdenfelser Land für Urlauber, wie in Österreich und Südtirol schon lange üblich, über die Gästekarte weiter zu unterstützen und nach der Probezeit hinsichtlich der Nutzung der Bahnstrecke zwischen Garmisch und Uffing dauerhaft einzuführen und weiterzuentwickeln.
- 7. Darüber hinaus brauchen wir insgesamt ein breit aufgestelltes Leihsystem für Tourist*innen, die mit der Bahn anreisen, von Rädern bis zum Carsharing direkt am Bahnhof. Einfach und schnell zu buchen, sowohl digital als auch analog.

Fußgänger*innen

- 1. Direkte Fußwege zum Bahnhof aus allen Ortsteilen.
- 2. Ein engmaschiges Netz aus barrierefreien, sicheren und gepflegten Fußwegen in und zwischen allen Ortsteilen.
- 3. Mehr barrierefreie Ampeln und Unterführungen für eine sichere Überquerung aller vielbefahrenen Straßen in allen Ortsteilen. Insbesondere in Westried/Moosrain ist eine Ampel schon lange überfällig. Dort wo Ampeln unrentabel sind, schaffen wir Querungshilfen und Zebrastreifen für Fußgänger*innen an allen möglichen Stellen.
- 4. Das bestehende Netz der Mitfahrbänke erweitern wir in alle Richtungen.

5. Mit durchdachten Shared Space Konzepten, die insbesondere auch die Bedürfnisse von mobilitätseingeschränkten Mitmenschen berücksichtigen, schaffen wir Straßenräume, in denen Fußgänger*innen gleichberechtigte Verkehrsteilnehmer*innen sind. Dies führt zu einer Entschleunigung im Verkehrsverhalten, mehr Miteinander und lässt trotzdem allen Verkehrsmitteln einen Raum. Diese gleichberechtigten Plätze können auch zu mehr Sicherheit im Straßenraum führen.

PKW

- 1. Durch die Umsetzung der Maßnahmen im Bereich der alternativen Verkehrsmittel zum PKV sowie durch einen konsequenten Ausbau von Carsharing Angeboten, wird eine generelle Reduzierung des Autoverkehrs und der damit verbundenen Staus, Abgase und Lärmbelästigungen erreicht. Dies ist besonders an neuralgischen und stark belasteten Regionen wie der Weilheimerstraße, an der Reschstraße und an der Kohlgruberstraße, aber auch an neuen Durchgangsstraßen wie der Schwaigangerstraße, der Fall.
- 2. Für einen besseren Verkehrsfluss durch Murnau brauchen wir dringend eine Machbarkeitsstudie über die Ersetzung der Ampelanlagen durch Kreisverkehre. Zahlreiche Studien und Beispiele aus der Praxis belegen, dass Kreisverkehre nicht nur wesentlich weniger Steuergelder verschlingen, sondern auch tatsächlich für einen kontinuierlich fließenden Verkehr sorgen, was im Gegensatz zum sog. Stop-and-Go an Ampelanlagen auch zu einer besseren Klimabilanz führt. Die Marktgemeinde muss sich hier intensiv für diese Maßnahmen beim Straßenbauamt Weilheim stark machen.
- 3. Murnau wird innerorts möglichst komplett zum Tempo 30 Bereich. Durch entsprechende Beschilderungen und Bewerbung bereits an den Ortseingängen werden Autofahrer*innen optisch sensibilisiert.
- 4. Die Wohnmobilstellplätze am Bahnhof werden aufgelöst. Dieser Parkraum wird dringend vom PKV Verkehr und den Radfahrer*innen benötigt.
- 5. Rechtliche Möglichkeiten zur Begrenzung des Schwerlastverkehrs in Murnau werden wir juristisch prüfen lassen und ausschöpfen.
- 6. Der Markt Murnau errichtet im Rahmen seiner Möglichkeiten z.B. durch eine ausreichende Leistungsfähigkeit des Stromnetzes die Grundlagen für ein Netz an Ladesäulen für E-Autos, weitet sein eigenes Ladesäulennetz aus und setzt sich für die Eröffnung von Wasserstofftankstellen ein (vgl. Energiekonzept). Damit wird die Grundlage für eine umfassende Abkehr von PKWs mit klassischen Verbrennungsmotoren geschaffen.

Wirtschaft

Für einen Ort mit Zukunft

Einleitung

Murnau verfügt über eine kleinteilige Handels- und Dienstleistungsstruktur mit einem vielfältigen Leistungs- und Warenangebot. Es ist wichtig, dass diese Diversität in der Ladenlandschaft erhalten bleibt. Denn nur so kann die Attraktivität des Ortskerns bewahrt und damit ein Wettbewerbsvorteil gegenüber Einkaufszentren und Discountern gesichert werden. Diese große Bandbreite an Angeboten sorgt auch dafür, dass der tägliche Bedarf der Bürger*innen - aber durchaus auch der nichtalltägliche - ganzjährig durch Geschäfte in Murnau selbst gedeckt werden kann. Diesem Anspruch soll und muss das Angebot auch weiterhin gerecht werden.

Nachgeordnet, aber keinesfalls untergeordnet, müssen auch die Bedürfnisse des Tourismus angemessen berücksichtigt werden. Wobei hier das Ziel sein sollte, Massentourismus und ein damit verbundenes Waren- und Dienstleistungsangebot weitgehend zu vermeiden. Viele Urlaubende schätzen schon heute, dass es in Murnau viele kleine Läden mit einem interessanten Angebot abseits der Massenware gibt. Die Geschäfte laden zum Bummeln und Stöbern ein, für jeden Geschmack findet sich etwas.

Die Kommune muss also die Rahmenbedingungen schaffen, damit Gewerbetreibende zufriedenstellende Umsätze erzielen und sich somit in Murnau auch halten können. Hierzu bedarf es einer engen Kooperation mit den Ladenbetreiber*innen, aber auch mit den Dienstleister*innen und Handwerksbetrieben sowie den vorhandenen Großunternehmen. Alle haben unterschiedliche Bedürfnisse, die erfasst und bestmöglich durch strukturelle Hilfen und gezielte Werbemaßnahmen umgesetzt werden sollen.

Strategische Maßnahmen

Wirtschaftsförderung

Der Fachbereich Wirtschaftsförderung wird ein eigenständiges Referat innerhalb der Verwaltung mit entsprechenden Kompetenzen und genau festgelegten Zuständigkeitsbereichen. Für die vorhandenen Stellen sind aussagekräftige Stellenbeschreibungen zu erarbeiten. Es gilt grundsätzlich festzulegen, wofür die Stelleninhaber*innen zuständig sind, wo die Schnittstellen liegen und wie die Umsetzung unbürokratisch gestaltet werden kann.

Schaffung von Arbeitsplätzen

Der Markt Murnau und seine Wirtschaftsförderung unterstützen die Firmeninhaber*innen aktiv bei der Schaffung von Arbeitsplätzen, in dem sie für die strukturellen Rahmenbedingungen wie den Abbau von bürokratischen Hindernissen sorgen. Ein wichtiges Schnittstellenthema ist hier sicherlich die Schaffung von Wohnraum, denn ohne Wohnraum gibt es keinen Zuzug von dringend benötigten Fachkräften. Hier ist in Zusammenarbeit mit den entsprechenden Stellen abzuklären, in wie weit man hier auf die Arbeitgeber*innen zugehen und z.B. auch im Sektor Wohnraumschaffung auf eigenem Betriebsgrund unterstützen kann, also das Zusammendenken von Wohnen und Arbeit.

Standortsicherung und Neuansiedlung

Murnau verfügt über eine Reihe alteingesessener Handwerksbetriebe und kleiner Ladengeschäfte. Diese sollen eine gute und konstante Unterstützung in allen Belangen erfahren. Sei es bei der Standortsuche für Erweiterungen oder wenn es um eine Beratung für Werbemaßnahmen oder Investitionen in die Zukunft geht. Aber um zukunftsfähig zu bleiben, benötigen wir neben dem speziellen Konzept des Innovationsquartiers (IQ) weitere Investitionen in zukunftsfähige Sparten, beispielsweise Entwicklungslabore im Bereich KI, Robotik und Biologie. Hier ist eine Ansiedlungsstrategie zu erarbeiten, wer kommt überhaupt aufgrund der Begebenheiten Murnaus in Frage und welche Voraussetzungen müssten dafür geschaffen werden.

Digitalisierung

Murnaus Betriebe, von Einzelunternehmer*innen bis hin zum Konzern, sind auf schnelle Datenverbindungen angewiesen. Die derzeit verfügbaren Datenverbindungsraten sind nicht für alle schnell genug und nicht überall gleichgut verfügbar. Damit wir nicht abhängig von Großkonzernen sind und den Ausbau so steuern können, wie wir ihn benötigen, soll Murnau ein eigenes Glasfasernetz in kommunaler Hand aufbauen. Beispiele in Skandinavien zeigen, dass sich die Kosten hierfür relativ schnell amortisieren. Auch in Deutschland gibt es bereits Gemeinden, die das sogar ohne Förderung realisiert haben.

Wir fordern eine rasche Prüfung, inwieweit so ein Eigenausbau erfolgen kann und mit welchen Kosten zu rechnen ist.

Stromversorgung

Viele energieintensive Unternehmen und Produktionsstätten müssen sich auf eine sichere und konstante Stromversorgung verlassen können. Stromausfälle, auch nur geringste, können zu massiven Produktionsstörungen und damit drastischen Umsatzeinbußen führen. Wir haben in Murnau Betriebe, die teilweise Weltmarktführer auf ihrem Gebiet sind. Es ist unsere Pflicht, hier alles kommunal Mögliche zu tun, um eine gute Energieversorgung zu gewährleisten.

Zukunftsbranchen

Das Innovationsquartier im James-Loeb-Haus hat bereits gezeigt, dass es unabdingbar für Murnaus Entwicklung hin zu einem modernen Lebensort ist und als Ort der Vernetzung den Erfolg unserer Zukunft maßgeblich mitbeeinflussen kann. Hier sind zahlreiche Arbeitsplätze bei Firmen in der sog. Kreativbranche entstanden. Zukunftsbranchen, die unser Alltagsleben aber auch unser Berufsleben künftig stark beeinflussen werden und die ihre absolute Daseinsberechtigung neben traditionellen Berufsbildern haben. Hier gilt es, weiterhin konsequent die strukturellen Rahmenbedingungen zu schaffen und anzupassen, damit möglichst unbürokratisch den Bedürfnissen dieser neuen Branchen entsprochen wird.

Entbürokratisierung

Viele Betriebe leiden seit Jahren unter der zunehmenden Bürokratisierung der Verwaltungen und Ämter. Gemeinsam mit den Unternehmen soll geprüft werden, wo und inwieweit hier Erleichterungen durch den Abbau von bürokratischen Hürden geschaffen werden können. Gleichzeitig müssen durch die konsequente Digitalisierung der Verwaltung selbst, Verwaltungsabläufe vereinfacht und wesentlich kundenfreundlicher gestaltet werden.

Ausschreibungen

Durch die Reform des deutschen Vergaberechts haben sich die Möglichkeiten erweitert, soziale Kriterien im Beschaffungsprozess zu berücksichtigen. Der Markt Murnau soll bei künftigen Ausschreibungen soziale, wie auch ökologische und regionale Vergabekriterien viel stärker berücksichtigen. Durch die bisherige Festlegung auf nur die gesetzlichen Mindestanforderungen als Kriterien bei Ausschreibungen, haben lokale Betriebe oft keine Chance. Da ökologische, soziale und regionale Aspekte bisher kaum eine Rolle spielen, ist der günstigste Anbieter somit oft nicht der richtige Anbieter, für die als Fair Trade Town ausgezeichnete Gemeinde Murnau mit ihrem starken Fokus auf Nachhaltigkeit und Umweltschutz. Zugleich soll es für kleine lokale Unternehmen leichter werden, sich auf Ausschreibungen zu bewerben, in dem die Kommune aktiv Ausschreibungen an lokale Unternehmen kommuniziert.

Strukturelle und bauliche Maßnahmen

Erweiterung des Ortskerns

Der Ortskern, heute hauptsächlich die Fußgängerzone, muss zu einem geschlossenen Einkaufsund Dienstleistungsbereich umgebaut werden. Der Untermarkt muss verkehrsberuhigt werden. Hierzu bedarf es vordringlich der Ergebnisse des Verkehrskonzepts, um eine bessere Aufenthaltsqualität und längeres Verweilen zu ermöglichen. Wir streben mindestens eine Einbahnregelung mit erweiterten Fußgängerflächen und Verweilbereichen an. Die Postgasse muss schnell zu einer attraktiven und logischen Verbindungsstraße zur Bahnhofsstraße umgebaut werden. Dazu ist es unabdingbar, gemeinsam mit den Ladenbetreiber*innen ein bestmögliches Baustellenmanagement zu erstellen. Begleitende Maßnahmen sorgen dafür, dass die Läden möglichst gut für die Kundschaft erreichbar sind und vor allem wahrgenommen werden können.

Die Bahnhofstraße soll zeitnah den nächsten Bauabschnitt erfahren. Die Verkehrsfläche soll für Autos stark eingeschränkt werden und mehr Platz für Fußgehende und Radfahrer*innen schaffen. Ebenfalls sollen Flächen für den Aufenthalt mit grünen Inseln geschaffen werden, so dass die Geschäfte dort auch eine deutliche Aufwertung erfahren. Zusammen mit dem noch freundlicher zu gestaltenden Platz vor dem KTM bietet Murnau dann einen ausladenden und attraktiven Innenstadtbereich, der zum Einkaufen einlädt.

Verkehrsreduktion

Der motorisierte Verkehr im Zentrum muss auf das Notwendigste begrenzt werden (Anwohner*innen, Lieferverkehr, Rettungsdienst). Für die Steigerung der Attraktivität und vor allem der Aufenthaltsdauer in den Hauptflanierbereichen Untermarkt, Obermarkt, Postgasse und Bahnhofsstraße braucht es eine deutliche Verkehrsberuhigung. Viele Innenstädte in anderen Orten sind bereits autofrei und machen vor, dass das ein Erfolgsmodell ist.

Parkmöglichkeiten PKW

Parallel zur Reduzierung des Verkehrs müssen ortskernnahe Parkmöglichkeiten erhalten und ggf. flächenschonend ausgebaut werden. Elektrische Shuttlebusse oder auch ein gut getakteter Ortsbus kann direkt in und durch das Zentrum fahren. Hiermit wird das Zusammenwachsen des Obermarktes mit Untermarkt und Bahnhofstrasse weiter gefördert werden.

Fahrradständer

Die Radstellplätze müssen drastisch erhöht werden, von kreativen Lösungen bis hin zu Großlösungen wie Radlparkgaragen an strategischen Punkten, sollen alle Möglichkeiten in Betracht gezogen werden, damit mehr Menschen, Einheimische wie Tourist*innen, mit dem Rad in den Ort fahren, auch mit dem Ziel, den Wildwuchs abgestellter Fahrräder einzudämmen. Dabei muss auch an Kinderanhänger und Lastenräder gedacht werden.

Wochenmarkt

Neben dem bereits etablierten Wochenmarkt am Mittwoch soll ein zweiter Markt samstags auf dem Horváth Platz vor dem KTM stattfinden. Dies gibt all jenen, die z.B. beruflich mittwochvormittags verhindert sind, die Möglichkeit, regional und saisonal frische Produkte einzukaufen. Ein solcher Markt lockt Besucher aus der näheren Umgebung an und lädt zum Verweilen ein. Gleichzeitig schafft der zweite Standort Aufmerksamkeit für die Läden abseits der Fußgängerzone und trägt zu einer Aufwertung der Postgasse und Bahnhofstraße bei.

Werbemaßnahmen

Grundsätzlich bedarf es einem Mehr an Werbemaßnahmen. Diese sollen nicht allein vom Markt erdacht und durchgeführt werden, sondern in einem Miteinander aller Gewerbetreibenden. Dabei ist zu beachten, alle mitzunehmen, vom Wirtschaftsförderverein über nicht-organisierte Einzelunternehmen bis hin zum Handwerksbetrieb und größeren Firmen. Dadurch können alle Bedürfnisse bedacht und Synergieeffekte genutzt werden. Gleichzeitig wird das Miteinander der Gewerbetreibenden gefördert und so die Zusammengehörigkeit gestärkt. Murnaus Wirtschaft, insb. der Einzelhandel, kann langfristig nur erfolgreich sein, wenn alle an einem Strang ziehen!

Online Blog

Murnaus Läden verfügen nicht nur über alle Dinge des täglichen Bedarfs, sondern darüber hinaus auch über eine Vielzahl von Produkten und Dienstleistungen, die man hier oft nicht vermutet. Diese werden heutzutage auch oft in größeren Städten in der Nähe oder gleich im Internet gekauft. Das liegt auch teilweise daran, dass schlicht nicht bekannt ist, welches weitläufige Angebot hier vorhanden ist. Deshalb bedarf es in Zusammenarbeit mit den Ladenbetreiber*innen und ggf. dem Wirtschaftsförderverein der Erstellung einer gut gemachten, einladenden Informationsplattform, die sowohl Einheimische als auch Gäste anspricht. Wir erachten das Blog-Format für besonders geeignet, reihum können die unterschiedlichsten Geschäfte präsentiert werden. Als positives Beispiel kann der Blog der Stadt Hof dienen: https://www.einkaufen-in-hof.de/hofblog/

Informationstafeln

An den Eingängen der "Einkaufsmeile", z.B. Brunnen auf Höhe Hotel Angerbräu, oberes Ende der Fußgängerzone, Abzweigung Postgasse, KTM, Bahnhofsstraße, werden Informationstafeln angebracht inkl. Lageplan und Standort, die die einzelnen Geschäfte anzeigen. Durch die Visualisierung lassen sich leicht Läden finden, die dem persönlichen Geschmack und der Interessen entsprechen und zugleich dienen die Tafeln als Werbemaßnahme.

Innovationsquartier IQ als Werbeträger

Konsequente Ausrichtung des Innovationsquartiers (IQ). Das Besondere dieser Einrichtung muss in die Wahrnehmung der Öffentlichkeit gebracht werden. Das IQ im James-Loeb-Haus hat sich zu einem echten Erfolgsprojekt, sogar zu einem Vorzeigeprojekt für Kommunen in ganz Deutschland, entwickelt. Damit das Haus auch weiterhin erfolgreich ist, bedarf es einer konsequenten Weiterentwicklung und vor allem einer stetigen Bewerbung als Konzepthaus. Wir brauchen regelmäßige Veranstaltungsreihen, z.B. zu Film, Musik oder Literatur im KTM, die mit dem Markt Murnau zu einer Einheit verschmelzen. Ebenfalls sollen in Murnau verstärkt Kongresse zu aktuellen wissenschaftlichen oder gesellschaftspolitischen Themen stattfinden. Hier sollte das IQ mit seinem innovativen Ansatz und seiner Netzwerkfunktion integriert werden.

Wohnbau

Das Thema Wohnungsbau geht alle an!

Einleitung

Das Thema Wohnungsbau bereitet nicht nur jungen Menschen und Familien Sorgen, die sich fragen, ob sie sich in unserer Gemeinde das Wohnen weiterhin leisten können. Es betrifft auch Unternehmen, die bei der Besetzung offener Stellen durch die Wohnungsnot in ihrer wirtschaftlichen Entwicklung eingeschränkt werden. Und es betrifft Senior*innen: Weil Wohnen zum Luxusgut geworden ist, fliehen einige aus Angst vor Altersarmut aus der Region. Anderen wird aufgrund fehlender Wohnraumkonzepte wie Senioren-WGs, Generationenwohnen etc. die Möglichkeit genommen, ein würdevolles, weitgehend selbstbestimmtes Leben in der eigenen Wohnung in Murnau zu führen.

Bislang bestehende bzw. geplante Wohnungsbauprojekte sind Einzelaktionen. Nicht abgestimmt, nicht durchdacht – es fehlt ein Gesamtkonzept. Ein Gesamtkonzept, dass die Bevölkerung mitnimmt, das schlüssig ist und einen echten Mehrwert für die Murnauerinnen und Murnauer, deren Kinder und Enkelkinder bietet. Anstelle eines Gesamtkonzepts plant man Projekte mit maximaler Verdichtung, mit maximaler Geschosshöhe, ohne die notwendige Sensibilität, ob derartige Bauprojekte nicht aufgrund ihrer Größe die Identität eines Ortes verändern.

Die noch bebaubaren Flächen werden knapp und in Anbetracht unserer ökologischen Verantwortung ist ein ungebremster Flächenfraß, ein Wachsen Murnaus in die Fläche, hinein in wertvolle Schutzgebiete, nicht denkbar. Ungesteuerter Zuzug von vergleichsweise wohlhabenden Menschen, die sich dadurch die Möglichkeit der Selbstverwirklichung bzw. eine höhere Lebensqualität versprechen (sogenannte Lifestyle Migration) führt zu einem solchen Flächenfraß und verändert den Charakter und Charme Murnaus. Dieser Entwicklung muss man gegensteuern. Dabei gilt es, intelligente Lösungen zu erarbeiten, die der heimischen Bevölkerung und örtlichen Betrieben einen Mehrwert bieten. Darum muss sich eine Kommune kümmern. Über den privaten Immobiliensektor ist weiterhin Zuzug von außen möglich, der seinerseits neue Impulse und Chancen eröffnet. Bestes Beispiel dafür sind die Blauen Reiter, James Loeb, Ödön von Horváth u.a. Um hier Belebung auf dem Immobilienmarkt zu erreichen, müssen Themen wie Zweitwohnungssteuer, Fehlbelegungsabgabe und Zweckentfremdungssatzung neu diskutiert werden.

Murnau braucht einen Plan, keinen Aktionismus

Wir lehnen eine Politik der Augenwischerei ab, die den Bürger*innen vorgaukelt, der Umbau der Wohnungen der Wohnbau Weilheim brächte einen nennenswerten Zugewinn an neuem Wohnraum. Das ist nicht der Fall. Ebenso wenig, wie der kommunale Wohnungsbau im Längenfeldweg nennenswert dazu beiträgt, dass die Liste der Wohnungssuchenden beim Sozialamt, die allein schon um die 80 Wohnungssuchende im geförderten Wohnbereich enthält - und dass sind nur die, die sich aktiv bei der Kommunen melden - kürzer wird. Die zwei sich im Bau befindlichen Projekte an der Adalbert-Stifter-Straße und am Längenfeldweg sind lediglich punktuelle Einzelmaßnahmen, die der Dimension des Wohnungsmangels keineswegs gerecht werden. Es handelt sich nicht um ein zusammenhängendes und nachhaltiges Gesamtkonzept.

Kommunaler Wohnungsbau kann Zuzug nicht steuern

Der kommunale Wohnungsbau vermag es nicht, den Zuzug nach Murnau zu steuern. Ob man Murnauer*in ist, spielt bei der Vergabe von Wohnraum praktisch kaum eine Rolle. Aber Murnau braucht einen Plan, wie bezahlbare Wohnungen in Murnau entstehen können und gleichzeitig der Charme des Ortes erhalten werden kann. Den Charme des Ortes bewahrt man nicht, wenn man wie am James-Loeb-Areal eine maximale Verdichtung plant, ohne Einbindung der Anwohner*innen, ohne Vorstellung eines Konzepts, ohne darauf Rücksicht zu nehmen, wie sich bei einer Nachverdichtung der Charakter eines ganzen Viertels verändert.

Kein Verkauf kommunaler Flächen

Wir wollen, dass alle kommunalen Flächen allen Murnauer*innen langfristig und nachhaltig zur Verfügung stehen. Deshalb müssen alle kommunalen Flächen im Eigentum der Gemeinde bleiben - wir lehnen den weiteren Verkauf von gemeindlichem Grund strikt ab.

Wir schaffen Wohnraum für Murnauer*innen und Arbeitnehmer*innen

Murnau braucht einen Plan. Der Ort braucht ein "Murnauer-Einheimischen-Modell". Wenn wir nichts tun, werden die Jungen gehen. Wenn wir nichts tun, müssen jene älteren Mitbürger*innen gehen, die sonst von Altersarmut betroffen wären. Wenn wir keinen Plan entwickeln, wird der Ort kippen. Werden Betriebe schließen, weil sie keine Fachkräfte finden, weil junge Leute die Region verlassen haben, oder Stellenbewerber*innen keinen Wohnraum finden. Wenn wir keinen Plan entwickeln, wird sich Murnau viel stärker und in viel kürzerer Zeit verändern, als wir uns das vorstellen können.

Oberstes Ziel für uns ist es, für Murnauerinnen und Murnauer, und Mitarbeiter*innen Murnauer Betriebe, egal welchen Alters, bezahlbaren Wohnraum zu schaffen. Wohnraum, der der jeweiligen Lebenssituation entspricht. Wohnraumkonzepte, die das Miteinander fördern und der Würde der Menschen gerecht werden. Wohnraum, der dauerhaft der Gemeinschaft zur Verfügung steht und der die Einkommenssituation der Menschen berücksichtigt.

Das von uns erarbeitete "Murnauer-Einheimischen-Modell" macht nicht Wenige zu Begünstigten, sondern schafft für alle Bürger*innen dauerhaft einen Mehrwert – einen Mehrwert für ihre Kinder, Enkel und Urenkel.

Alle kommunalen Grundstücksflächen an Genossenschaften

Unser Wohnbau-Modell sieht vor, alle kommunalen Wohnbaugrundstücke an Wohnungsbaugenossenschaften zu verpachten. Sie können dann vom Reihenhaus, über Ein-Zimmer-Apartments und Mehrraum-Wohnungen auch Wohnkonzepte wie Senioren-WGs, Generationen-Wohnen etc. realisieren. So ist gewährleistet, dass man für jeden Lebensabschnitt und -situation den passenden bezahlbaren Wohnraum findet. Und eine Genossenschaft kann Vergabekriterien aufstellen, die gewährleistet, dass Murnauer*innen und Arbeitnehmer*innen von Murnauer Betrieben vorrangig Wohnraum erhalten. So wird Zuzug sinnvoll gesteuert und eine Gemeinde im Gleichgewicht gehalten.

Zudem kann über ein konzeptuelles Auswahlverfahren festgelegt werden, welche Baukriterien für uns als Kommune essentiell sind, so dass Qualität vor Kosten geht.

Nachhaltiger Wohnungsbau für alle nachfolgenden Generationen

Unser Wohnbau-Modell ist nachhaltig, weil der geschaffene Wohnraum zukünftigen Generationen erhalten bleibt. Es ist nachhaltig, weil wir nicht auf maximale Bebauung setzen, sondern auf eine verträgliche Integration in bestehende Viertel unter Beteiligung der Wohnbevölkerung. Es ist nachhaltig, weil wir damit Sorge tragen können, dass es nicht zu Ghettobildung kommt, denn eine gute gesellschaftliche Durchmischung ist für das Lebensgefühl in Murnau wichtig.

Allem voran gilt für uns dabei nach wie vor der Grundsatz der verträglichen Nachverdichtung im Innenraum vor einer Bebauung in den Rand- oder gar Außengebieten. Grünflächen, auch innerörtliche, müssen soweit möglich erhalten werden, sie sind nicht nur ökologisch hoch sensibel, sondern auch städtebaulich, beispielsweise als Frischluftkorridore oder Erholungsgebiete.

Flächennutzungsplan fortsetzen

Die Neuaufstellung des Flächennutzungsplans muss zügig umgesetzt werden. Er ist aber ein wichtiges Entwicklungsinstrument für die städtebauliche Entwicklung. Hier werden Bauflächen identifiziert, Außen- und Innenbereich abgegrenzt. Deshalb müssen die Beratungen zum Flächennutzungsplan dringend fortgesetzt werden.

Verkehrslärm passt nicht zum Wohnen

Unser Modell setzt auf Wohnungskonzepte, die auch die verkehrliche Erschließung mitdenken. Der Stellplatzschlüssel muss auf das jeweilige Nutzungskonzept der Wohnungen abgestimmt werden. Wer in Wohnungskonzepte beispielsweise Car-Sharing-Modelle integriert, sollte nicht den gleichen Stellplatzschlüssel erfüllen müssen. Ein bedarfsgerechter innerörtlicher Personennahverkehr, der die Menschen vor der Haustüre abholt, erhöht den Komfort und reduziert den individuellen Verkehr. Unser Modell fördert auch Rad- und Fußverkehr, weil es mit Lastenfahrrädern und Lieferservice schon viele Möglichkeiten gibt, das Auto stehen zu lassen.

Wir gestalten Murnaus Zukunft!

Deshalb hat der Ortsverband Murnau von Bündnis 90 / Die Grünen ein umfassendes und zukunftsfähiges Maßnahmenkonzept für bezahlbaren Wohnungsbau erstellt.

Grundsatzbeschluss Wohnungsbau auf kommunalen Flächen des Marktes Murnau a. Staffelsee: "Murnauer-Einheimischen-Modell"

In ihrer Modellrechnung der Bevölkerungsvorausberechnung geht das Bayerische Landesamt für Statistik von einer Bevölkerungsveränderung der Menschen über 65 Jahren von mehr als 45 Prozent bis zum Jahr 2034 in Murnau aus. Im gleichen Zeitraum wird ein Rückgang bei den unter 65-Jährigen um fast 12 Prozent prognostiziert. Gerade in der Gruppe der 16 bis 19-Jährigen wird mit einer negativen Veränderung von über 17 Prozent gerechnet.

Die kommunale Daseinsvorsorge umfasst nicht nur die Grundversorgung der Bevölkerung mit lebenswichtigen Dienstleistungen und Infrastrukturen in den Bereichen Mobilität, Bildung, Gesundheit, Energie, Wasser und Abfall. Murnau muss sich dazu bekennen, dass auch Wohnen zur zentralen Daseinsversorgung gehört und nicht Miet- und Immobilienspekulanten überlassen werden darf.

Bezahlbarer Wohnraum ist zur Mangelware geworden. Durchschnittlich 33,6 Prozent des Netto-Einkommens müssen Familien im Landkreis Garmisch-Partenkirchen für die Miete monatlich ausgeben. In Murnau dürfte die Zahl noch höher liegen. Damit ist Murnau nicht mehr uneingeschränkt für alle Bevölkerungsschichten erschwinglich. Denn mehr als 27 Prozent des Nettoeinkommens sollte ein Haushalt nicht für Wohnen ausgeben. Durchschnittshaushalte können sich 66 Prozent des Wohnraums im Landkreis nicht leisten. (Die Einkommensdaten stammen von der Immobiliendatenfirma empirica regio auf Basis des Statistischen Bundesamtes)

Die Entwicklung ist beängstigend: Viele Menschen, insbesondere junge Menschen, Senior*innen und junge Familien, müssen die Region verlassen, weil sie sich das Leben in Murnau nicht mehr leisten können. Der freiwerdende Wohnraum wird von vermögenderem Zuzug, überwiegend im nicht erwerbstätigen Alter, übernommen. So findet eine schleichende Gentrifizierung Murnaus statt, die die Struktur und Identität des Orts verändert.

Kommunen haben aber Steuerungsmöglichkeiten, um derartige Fehlentwicklungen zu verhindern und die Weichen für die Zukunft anders zu stellen. Das von Bündnis 90 / Die Grünen entwickelte "Murnauer-Einheimischen-Modell" schafft bezahlbaren Wohnraum und verhindert gleichzeitig den Zuzug im Sinne einer Lifestyle-Migration in die Marktgemeinde. Das

"Murnauer-Einheimischen-Modell" versorgt die einheimische Bevölkerung mit bezahlbarem Wohnraum und unterstützt die heimische Wirtschaft bei der Versorgung mit Fachkräften. Dies steht im Einklang mit der Neuaufstellung des Flächennutzungsplans und dem damit verbundenen Wunsch vieler, dass Murnau moderat und zielgerichtet wachsen soll. Durch nachhaltige Wohnbauformen, die dauerhaft im Kreislaufsystem der Generationen bleiben, wird dem allgemeinen Flächenfraß Einhalt geboten und dem Dogma des immerwährenden Wachstums ein Riegel vorschieben.

Mit dem "Murnauer-Einheimischen-Modell" steht der Gemeinde ein Steuerungselement zur Verfügung, um den Ort attraktiv für alle Alters- und Einkommensgruppen zuhalten. Denn nur mit einer gesunden gesellschaftlichen Mischung lässt sich Identität bewahren, lässt sich der Charme Murnaus erhalten und lässt sich wirtschaftliche Standortsicherung betreiben.

Der kommunale Wohnungsbau an sich hat allerdings kaum jene Steuerungsmöglichkeiten zur Verfügung, die es braucht, um den Zuzug in die Marktgemeinde zu steuern. Genossenschaftlicher Wohnungsbau hingegen ermöglicht es für einen Großteil der Wohnungen den örtlichen Bezug als entscheidendes Kriterium für die Wohnungsvergabe zu definieren.

Das "Murnauer-Einheimischen-Modell" setzt deshalb auf die Bebauung von kommunalen Wohnungsbauflächen durch eine Genossenschaft.

Nachhaltiger Wohnungsbau ist, wenn man entsprechend seiner jeweiligen Lebensphase den passenden Wohnraum findet. Vom Auszubildenden-Appartment über die erste Mehrraumwohnung mit Partnerin oder Partner, über das Reihenhaus mit Familie bis hin zur dann wieder kleineren Wohnung als Rentnerin oder Rentner. Wohnkonzepte vom Generationenwohnen, über betreutes Wohnen, bis zu Demenz-Wohngemeinschaften lassen sich im Genossenschaftsprinzip realisieren.

Forderungskatalog

- 1. Der Markt Murnau a. Staffelsee erklärt, dass die Schaffung bezahlbaren Wohnraums Teil der Daseinsvorsorge ist.
- 2. Der Markt Murnau a. Staffelsee erklärt, dass es Ziel des gemeindlichen Handelns ist, dass Murnau für alle gesellschaftliche Gruppen unabhängig von Einkommen und Alter attraktiv bleibt und es oberste Prämisse des Marktes ist, Einheimische im Ort zu halten und Unternehmen bei der Unterbringung von Fachkräften zu unterstützen.
- 3. Der Markt Murnau a. Staffelsee erklärt, das kommunale Grundstücke grundsätzlich nicht mehr verkauft werden.
- 4. Deshalb beschließt der Markt Murnau, dass der Bau von (bezahlbaren) Wohnungen/Häusern auf kommunalen Grundstücken zukünftig durch

- Wohnungsbaugenossenschaften erfolgt, die die Grundstücke der Gemeinde auf Erbpacht erwerben.
- 5. Der Markt Murnau wählt deshalb Genossenschaften aus, die bei der Vergabe der Wohnungen/Häusern der Gemeinde im Vergabegremium ein Stimmrecht einräumen, die den örtlichen Bezug als dominantestes Vergabekriterium (Dauer des Erstwohnsitzes in Murnau, Mitarbeiter örtlicher Unternehmen) vorsehen, die verschiedene Wohnmodelle (Mehrgenerationenwohnen, Demenz-WG, betreutes Wohnen, Azubi-Wohnen etc.) realisieren und auch Erfahrung damit haben, die Mieterfindung in einem öffentlichen Prozess realisieren, die der Gemeinde weitreichende Mitsprache- und Transparenzrechte einräumen, und die EOF-geförderten Wohnraum unterstützen sowie Wohnraum unter Beachtung aller ökologischen Aspekte schaffen.
- 6. Zur besseren Ermittlung des tatsächlichen Bedarfs an Wohnraum und damit der besseren Planbarkeit für Genossenschaften, legt die Kommune entsprechende Zahlen vor. Diese sollen durch die im Sozialamt und in der Wirtschaftsförderung vorhandenen Zahlen in Kooperation mit Schnittstellen wie der IHK, dem Jobcenter und anderen eine solide Grundlage erhalten.

Weitere Maßnahmen zur Regulierung des Wohnungsmarktes

Vereinfachung der Ortsgestaltungssatzung

Zwar wurde 2017 die Ortsgestaltungssatzung überarbeitet, jedoch wurde es versäumt, darüber eine Vereinfachung von Wohnraumschaffung in Bestandsgebäuden zu schaffen. Viele Gebäude verfügen z.B. über ein Dachgeschoss in dem durch einfache Dachaufbauten oder den Einbau von Fenstern auf einfachem Weg Wohnraum geschaffen werden kann ohne dass zusätzliche Fläche versiegelt wird.

Wenn wir künftig mit möglichst wenig Flächenfraß alternative Wohnformen umsetzen wollen, müssen wir uns an andere Wohnformate heranwagen. Selbstverständlich soll dabei das Ensemble des historischen Marktkerns erhalten bleiben. Ziel ist es, unberührte Naturflächen zu schonen, aber dennoch zusätzlichen neuen und attraktiven Wohnraum zu schaffen. Hierfür müssen innerstädtische Restflächen verträglich aber konsequent für Wohnungsbau genutzt werden. Dachgeschosse bestehender Gebäude müssen durch eine Umgestaltung der Dächer für eine Wohnnutzung ergänzt werden. Gesetzliche Reglementierungen der Dachgestaltung müssen angepasst werden, so dass eine gute Belichtung der Wohnräume unter interessante Dachterrassen die Wohnqualität gewährleisten. Hierdurch kann auch eine vielfältige und lebendige Dachlandschaft entstehen, die sich harmonisch in unseren charmanten Ort einfügt.

Durch die vorhandenen Vorschriften werden kreative Lösungen der Wohnungsnot verhindert, einfache und zielgerichtete Umbauten verhindert und so kostbarer Wohnraum verschenkt.

Insbesondere die Verbote von Photovoltaikanlagen an vielen Stellen sind hinsichtlich der Klimakrise nicht haltbar, Photovoltaikanlagen müssen wo immer möglich angebracht werden.

Erschließung von Wohnraum

Von zentraler Schnittstellenbedeutung ist die Erschließung von neuem Wohnraum. Wohnungen und alle für Fußgänger und Radfahrer attraktiven Bereiche des Ortes müssen mit einem zusammenhängenden Wegenetz verbunden werden. Dabei ist zu beachten, dass dieses Netz vollständig barrierefrei ist, so dass es auch für Kinder und ältere Mitbürger*innen gefahrlos benutzt werden kann. Wo immer möglich, insbesondere im Innenbereich, soll der Auto- und LKW-Verkehr durch straßenbauliche Maßnahmen zu einem langsamen und rücksichtsvollen Fahren gebracht werden.

Baugebot

Die Kommune muss endlich ein Leerstandskataster und ein Kataster an unbebauten Grundstücken mit Baurecht erstellen. Es gilt ein kommunales Förderprogramm aufzulegen, um Anreize für eine Bebauung zum Gemeinwohl zu schaffen. Gleichzeitig muss verstärkt und intensiv mit den entsprechenden Grundstücksbesitzern gesprochen werden. Murnau braucht ein effektives Flächen- und Gebäudemanagement um möglichst viele Eigentümer zur Vermietung bzw. zum Bauen zu bewegen.

Betriebswohnungen

Betriebswohnungen können zur Schaffung und zum Erhalt günstigen Wohnraums für Arbeitnehmer*innen einen wichtigen Beitrag leisten und somit ein wichtiger Standortvorteil für die Unternehmen selbst und damit auch für die Marktgemeinde sein. Durch Betriebswohnungen können einerseits Arbeitnehmer*innen positiv an einen Betrieb gebunden werden, andererseits können Betriebswohnungen Arbeitnehmer*innen, gerade auch in niedrigen Gehaltsgruppen, den Antritt einer Stelle oder Ausbildung erst ermöglichen, unabhängig davon ob sie in Murnau aufgewachsen sind oder für die Stelle erst hierher ziehen.

Deshalb müssen wir auf Betriebe, die noch freie Flächen haben bzw. bestehende Gebäude aufstocken könnten, zugehen und sie zur Schaffung bzw. dem Erhalt von Betriebswohnungen ermutigen bzw. sie dabei unterstützen. Dabei ist darauf zu achten, eventuelle Nutzungskonflikte, sprich dass dadurch reguläre Wohnungen umgewandelt oder nicht gebaut würden, durch kluges Baumanagement zu verhindern.

Kleinsthäuser (Tiny Houses)

Kleinsthäuser, sogenannte tiny houses, stellen einen innovativen Ansatz für architektonisch und sozial experimentelles Wohnen dar. Durch sie können reduzierte Wohnformen erprobt werden. Zugleich eröffnen sie auch Mitbürger*innen einen Weg, denen ihre Wohnungen bzw. Häuser zu groß geworden sind und können so zu einer Entspannung auf dem Wohnungsmarkt beitragen. Deshalb soll die Gemeinde Murnau ein attraktives Areal ausweisen, wo auf pachtbaren Stellplätzen nachhaltig und modular ausgelegte Kleinsthäuser platziert werden können.

Fehlbelegerabgabe

Es ist richtig und wichtig, dass die Kommunen Wohnraum für alle Bürger*innen schafft und dabei denjenigen unter uns, die finanzielle nicht so gut stellt sind, mit subventioniertem Wohnraum hilft. Wem es jedoch im Laufe des Lebens wieder besser geht, soll dann auch wieder eine entsprechend dem Einkommen gerechte Miete bezahlen. Denn nur so funktioniert unsere gesellschaftliche Solidarität.

Deshalb brauchen wir eine Fehlbelegungssatzung. Bewohner*innen kommunaler und genossenschaftlicher geförderter Wohnungen müssen jährlich ihre Berechtigung für das Bewohnen einer solchen Wohnung nachweisen und dann ggf. eine höhere Miete entrichten.

Zweitwohnungssteuer

2019 beschloss der Gemeinderat die Zweitwohnungssteuer bis 2025 von derzeit 9% auf 15% zu erhöhen.

Das ist zu langsam und bei Weitem nicht ausreichend. Wir müssen angesichts der angespannten Situation auf dem Wohnungsmarkt sehr deutliche Zeichen setzen.

Deshalb soll die Zweitwohnungssteuer in Murnau direkt auf 15% erhöht werden und anschließend in jährlichen 2% Schritten bis 2025 auf 25% angehoben werden. Die erhöhten Einnahmen werden direkt wieder dem kommunalen Wohnbau zugeführt.

Zweckentfremdungssatzung

Neben der hohen Zahl an Zweitwohnsitzen, macht uns die Anzahl an Ferienwohnungen und vor allem an Angeboten über einschlägige Vermietungsportale wie AirB&B Sorge in der Debatte um die Wohnsituation. Murnau braucht langfristige Mieter*innen, die sich in die Ortsgesellschaft einbringen, hier leben und arbeiten. Ferienwohnungsnutzer*innen, die sich nur kurzfristig einmieten, verhindern ein gesundes Zusammenleben in Wohnbereichen, zudem beeinflussen die über Ferienwohnungen erzielten Mieteinahmen den Mietzins in der Umgebung.

Die Kommune muss endlich eine Zweckentfremdungssatzung erstellen. Andere Kommunen wie München machen es bereits vor und konnten eine beträchtliche Zahl an Wohnungen wieder dem öffentlichen Mietmarkt zurückführen.